



Presseschau vom 26.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Michail Konew: Gesetzentwurf im ukrainischen Parlament: Offiziere berechtigen, auf eigene Soldaten zu schießen

Nicht nur die Nazis in den Freiwilligenbataillonen der Ukraine haben ihre kannibalistische Denkweise oft genug unter Beweis gestellt. Das Parlament steht dem in nichts nach: Ein neues Gesetz sollte ukrainische Offiziere zum Feuerbefehl gegen eigene Leute berechtigen. ...

<https://kurz.rt.com/2zjm> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Ukraine: Waffen, Weizen und ein Fleischwolf

Auf einmal geht es in der Ukraine gegen den Hunger in der Welt, den man doch zuvor auf so vielfache Weise selbst geschaffen hat. Indessen scheint das Ende der ukrainischen Armee bereits besiegelt. Die drohende Niederlage schreckt jedoch nicht ab, noch Geschäfte zu machen. ...

<https://kurz.rt.com/2zk1> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Millionen Verbraucher bereits überschuldet – Tendenz steigend

Millionen Menschen sind hierzulande verschuldet. Bereits im vergangenen Jahr mussten verschuldete Haushalte rund 45 Prozent vom Einkommen für Wohnkosten aufbringen. Angesichts der zuletzt extrem gestiegenen Preise rechnet die Schuldnerberatung mit steigenden Zahlen. ...

<https://kurz.rt.com/2zjc> bzw. [hier](#)

Elem Raznochintsky: "Polnisch-ukrainische Union": Warschau und Kiew wollen Geschichte schreiben

Polnische Truppen huschen bereits durch die Ukraine und das Postulat über die Notwendigkeit einer "polnisch-ukrainischen Union" macht die Runde. Während der Mainstream versucht, das Thema als Verschwörungstheorie zu diskreditieren, machen Warschau und Kiew Nägel mit Köpfen. ...

<https://kurz.rt.com/2zjr> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Tod und Verderben – Der genetische Code der NATO

Der Gründungsmythos der NATO erzählt eine noble Geschichte von Freiheit, Humanität, Demokratie und Menschenrechten. Das ist eine besonders dicke Lüge, wie ein Rückblick auf die schrecklichen Verbrechen zeigt, die Mitgliedstaaten in den Jahren vor der NATO-Gründung 1949 begangen haben. ...

<https://kurz.rt.com/2zhq> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:30 de.rt.com: Syrische Experten: US-Militär verschweigt Tötungen von Zivilisten in Syrien

Syrische Experten beschuldigen die Vereinigten Staaten bei ihrem völkerrechtswidrigen Militäreinsatz in Syrien, den wahllosen Tod von Zivilisten in Kauf zu nehmen. Der Einsatz ist offiziell gegen den Terrorismus gerichtet, erfolgt aber ohne Absprache mit Damaskus. Syrische Experten haben erklärt, dass während des angeblichen Krieges der USA gegen den Terrorismus in Syrien, der nicht in Absprache mit der dortigen legitimen Regierung erfolgt

war, das US-Militär eine große Anzahl von Zivilisten getötet habe und diese mutmaßlichen Verbrechen zu vertuschen versuchte, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Bei einem Luftangriff im Jahr 2019 in der Nähe der Stadt Baghuz in der ostsyrischen Provinz Deir ez-Zor waren insgesamt 80 Menschen getötet worden, 64 davon vermutlich Zivilisten, darunter Frauen und Kinder. Es handelt sich um einen der Angriffe mit den größten zivilen Opferzahlen im Krieg der USA gegen den "Islamischen Staat" (IS).

Die Tötung von Zivilisten bei dem Angriff wurde jedoch zuerst von der New York Times im November letzten Jahres aufgedeckt, was eine interne Untersuchung durch das Pentagon zur Folge hatte, die letzte Woche zu dem Schluss kam, dass die meisten der Getöteten "IS-Kämpfer" waren. Keine beteiligten US-Soldaten werden disziplinarisch belangt.

Der Sprecher des Pentagon, John Kirby, verteidigte diese Schlussfolgerung:

"Ja, wir haben einige unschuldige Zivilisten, Frauen und Kinder getötet. (...) Es war mitten im Kampf, im Nebel des Krieges."

Auch das US-Zentralkommando verteidigte sein Vorgehen, indem es behauptete, rund 60 der Opfer "könnten Terroristen gewesen sein, weil Frauen und Kinder im 'Islamischen Staat' manchmal zu den Waffen greifen."

Die kaltblütige Ablehnung jeglichen Fehlverhaltens habe einmal mehr die Heuchelei, wenn nicht gar Nachsicht der USA gegenüber abscheulichen Kriegsverbrechen, die von US-Truppen in anderen Ländern begangen wurden, bestätigt, so die syrischen Experten.

Hussam Schoaib, ein syrischer Politikexperte, sagte gegenüber Xinhua, das Pentagon sei gezwungen gewesen, die Untersuchung durchzuführen, um den Eindruck zu erwecken, dass Washington sich um die Menschenrechte kümmere, aber die Schlussfolgerung sei schamlos und heuchlerisch, da es sich weigere, die Verantwortlichen für die Morde an Zivilisten zur Rechenschaft zu ziehen. Er erklärte:

"Das Ziel hinter der Verzögerung der Untersuchung war natürlich der Versuch, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Jetzt kam diese Ankündigung, abgesehen von der Frage der Zahlen, um einen neuen Eindruck zu erwecken, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die Menschenrechte verteidigen und sich darum kümmern."

Schoaib betonte, dass es bei dem Angriff in Baghuz noch mehr Opfer gegeben habe, als die US-Medien berichtet hätten, und dass die Vereinigten Staaten die tatsächliche Zahl der Opfer verbergen wollten, um ungestraft davonzukommen.

"Wenn wir heute über das Massaker von Baghuz sprechen, waren es vielleicht mehr als 70 Tote, weil die USA die Zahlen herunterspielen wollen, um den Eindruck zu erwecken, dass es keine Massentötungen an der Zivilbevölkerung infolge ihrer barbarischen Operationen in Syrien gab."

Mohammad al-Omari, ein weiterer syrischer Politikexperte, sagte, die Vereinigten Staaten hätten sich sehr bemüht, ihr eigenes Image als Invasor aufzupolieren und ihre Truppen in Syrien von den ihnen vorgeworfenen Verbrechen zu entlasten.

Sowohl die syrische Regierung als auch die US-Medien hätten die US-Regierung beschuldigt, Massenmorde an Zivilisten in Syrien zu begehen, aber Washington habe "die tatsächliche Zahl der zivilen Opfer absichtlich verschwiegen, um sein selbst gezeichnetes Image als Beschützer der Menschenrechte aufrechtzuerhalten".

"Dies zeigt, dass die USA, die mit schrillen Slogans über den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie prahlen, in Wirklichkeit die Menschenrechte und die Rechte der Syrer verletzen, indem sie Massaker an der syrischen Bevölkerung verüben."

Die Ironie bestehe darin, dass diejenigen, die vorgeben, die Zivilbevölkerung und ihre Rechte zu schützen, ihre eigenen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung vertuschen.

Al-Omari sagte auch, dass die Vereinigten Staaten gegen das Völkerrecht verstoßen hätten, indem sie die sogenannte Anti-Terror-Koalition gegen den IS außerhalb der internationalen

Legitimität und ohne die Zustimmung der syrischen Regierung gebildet haben.
"Die Schaffung der Anti-Terror-Koalition außerhalb der internationalen Legitimität, die Intervention in den syrischen Gebieten ohne Abstimmung mit dem syrischen Staat und die Tötung von Syrern unter dem Slogan der Terrorismusbekämpfung zeigen, wie die USA das internationale Recht unter dem Vorwand der Freiheit und der Menschenrechte untergraben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e579348fbef573679850a.jpeg>

21:30 de.rt.com: **Russischer UN-Gesandter: Ukrainische Kriegsgefangene gestehen Befehl zum Mord an Zivilisten**

Die gefangenen ukrainischen Soldaten gaben zu, dass sie die Befehle erhalten hätten, auf Zivilisten zu schießen und keine russischen Soldaten gefangenzunehmen. Dies erklärte der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Wassili Nebensja:

"Ich möchte die Aufmerksamkeit besonders auf die Folter und den Missbrauch russischer Kriegsgefangener durch ukrainische Nationalisten und die ukrainischen Streitkräfte lenken. Es gibt zahlreiche Geständnisse von gefangenen ukrainischen Soldaten, dass sie den Befehl erhalten hätten, Zivilisten zu erschießen und russische Soldaten nicht in Kriegsgefangenschaft zu nehmen."

Nebensja wies zugleich darauf hin, dass russische Soldaten ukrainische Kriegsgefangene auf ganz andere Weise behandeln:

"Bei den russischen Streitkräften wiederum ist eine humane Behandlung von Kriegsgefangenen die Norm."

Dies soll durch die Behandlung der ukrainischen Soldaten und ukrainischen Nationalisten des berüchtigten "Asow-Regiments", die sich kürzlich ergaben, bestätigt worden sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e8eb148fbef566d65b2d1.jpg>

Gefangene ukrainische Soldaten in einem Lager bei Charkow

22:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Internationales Rotes Kreuz stoppt Lieferung lebensrettender Medikamente in den Donbass**

Das russische Verteidigungsministerium hat einen neuen Bericht über die militärische Sonderoperation in der Ukraine veröffentlicht. Das Verteidigungsministerium erklärte, das Internationale Rote Kreuz habe unter dem Vorwand der instabilen Lage die Lieferung lebenswichtiger Medikamente in den Donbass eingestellt. Mehr als 12.000 Patienten werden in den kommenden Monaten ohne die notwendige Hilfe dastehen. Russland fordert die WHO und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes auf, die Lieferung lebensrettender Medikamente in den Donbass wieder aufzunehmen.

Das Verteidigungsministerium Russlands berichtete außerdem, dass ukrainische bewaffnete Verbände schwere Waffen in medizinischen Einrichtungen in Kramatorsk, Lissitschansk, Slowjansk und Odessa eingesetzt hätten.

Russland öffne seinerseits zwei Korridore für ausländische Schiffe zur Ausfahrt aus Häfen am Schwarzen Meer und am Asowschen Meer: am Schwarzen Meer zur Ausfahrt aus den Häfen von Cherson, Nikolajew, Tschernomorsk, Otschakow, Odessa und Juschny in südwestlicher Richtung aus dem ukrainischen Hoheitsgewässer, das 80 Meilen lang und drei Meilen breit ist; sowie am Asowschen Meer, zur Ausfahrt aus dem Hafen von Mariupol auf einer Länge von 115 Meilen und einer Breite von zwei Meilen in Richtung des Schwarzen Meeres, fügte das russische Verteidigungsministerium hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e8033b480cc791f369190.jpg>

22:30 de.rt.com: **Schokoladentafel "Aljoschka" zu Ehren des Jungen, der russisches Militär begrüßte**

Das Gebiet Belgorod hat eine "Aljoschka"-[Schokoladentafel](#) zu Ehren des Jungen Aljoscha hergestellt. Der Junge verabschiedete sich täglich vom russischen Militär, wenn es die Stadt in Richtung der Ukraine verließ.

Aljoscha begrüßte die russischen Soldaten auch, wenn sie zurückkehrten. Die erste Charge der Schokolade wurde in Krankenhäusern und an der Front verteilt. Wjatscheslaw Gladkow, Gouverneur des Gebiets Belgorod, sagte wörtlich:

"Die Probepartie wurde an unsere Jungs in den Krankenhäusern und an der Frontlinie verteilt. Und natürlich an Aljoscha. Er ist unser Nationalheld. Aber ich muss Sie gleich warnen: Die Schokolade kann man nicht im Geschäft kaufen. Ich bin mir aber sicher, dass sie sehr beliebt wäre."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/BRZ-U3K2mIHKehE_0KeOTGPLN1VoJhn3tD8h-CgrSWhTwzhvFUGRdjO6ltu5W-mpOuhzSrbacIHNPYAZysrO9-sBV4zvSncy40I1eAoTE6apNnQWY6qkHU4jRKhWf4Eiy2eoS-Usf-N2nJ_mX9Fbf0nSPB8wUznFdUT-yubn3PRBJamzXbMKCyejL3dRDCJOpAyyjDinEWrhT4TN7HFK9Z6NQWUcSzd95a6fr9HZAiwi9C9tIt0jGYYeB2CtXZHdp3SB_iX5VVNP5WDNCTg8HJvi10OQVTg2GG6Z8NBIWY25DaCMm062H5l1auEBbDnFaughyPnFSQ0ik6YVM9KA.jpg

vormittags:

7:20 de.rt.com: DVR-Chef Puschilin: DVR-Armee rückt in Gebiete Cherson, Saporoschje und Charkow ein

Die Armee der Donezker Volksrepublik ist bereits in die ukrainischen Gebiete Cherson, Saporoschje und Charkow eingerückt. Man könne den Donbass nicht verteidigen, indem man nur zu den Grenzen der Republiken vorrücke, erklärte DVR-Chef Denis Puschilin der Agentur RIA Nowosti. Er sagte:

"Unsere Einheiten, das heißt unsere Reserveregimenter, sind in mehreren Gebieten präsent. Ich spreche von den Gebieten Cherson, Saporoschje und Charkow."

Das DVR-Oberhaupt betonte, dass es nicht um die Befreiung von Charkow gehe, sondern um den Schutz der Republiken "in vollem Umfang". Er erklärte:

"Das heißt, bei dieser Befreiungsoperation geht es um dasselbe: Es war unmöglich, die Republiken zu verteidigen, indem man nur bis zu den Grenzen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk vordrang – wir würden den Feind einfach zurückdrängen. Aber der Beschuss, die Aggression vonseiten der Ukraine hätte sonst unendlich lange angedauert."

Puschilin betonte, dass mit der Unterstützung des Westens die Bedrohung aus Kiew ein ernsthafteres Ausmaß angenommen hätte und der Beschuss an der neuen Kontaktlinie wie in den vergangenen Jahren durch ukrainische Nationalisten fortgesetzt worden wäre.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f0550b480cc67bd4e6f02.jpg>

7:55 de.rt.com: **Medienbericht: EU nennt Umfang der eingefrorenen Vermögenswerte der Bank von Russland**

Die EU-Länder haben rund 23 Milliarden Euro an Vermögenswerten der Zentralbank Russlands eingefroren. Das berichtete [Reuters](#) unter Berufung auf den EU-Justizkommissar Didier Reynders.

Dieser hatte außerdem verkündet, dass die EU-Länder auch Sachwerte, insbesondere Yachten und Villen im Wert von schätzungsweise zehn Milliarden Euro blockieren würden.

Der EU-Kommissar gab nicht an, ob alle EU-Mitgliedstaaten ihre Informationen über die Sperrung russischer Vermögenswerte übermittelt haben. Auch Details, warum die EU "nur so wenige Vermögenswerte" der russischen Zentralbank einfrieren konnte, gab Reynders nicht, so Reuters.

7:59 de.rt.com: **Bosnischer Serbenpolitiker: Muslimische Nationalisten wollen von Ukraine-Krise profitieren**

In Bosnien-Herzegowina brodelt seit mehreren Monaten eine Staatskrise. Die serbische Seite wirft der bosnisch-muslimischen vor, einseitige Entscheidungen forcieren und so das Dayton-Abkommen untergraben zu wollen.

Das serbisch-bosnische Mitglied des Staatspräsidiums Bosnien-Herzegowinas Milorad Dodik hat in Banjaluka erklärt, dass das Friedensabkommen von Dayton aus dem Jahr 1995, das den seit 1992 tobenden Bürgerkrieg in Bosnien beendet hatte, durch den Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen für Bosnien-Herzegowina und Vertreter der muslimisch-bosnischen Seite zerstört worden sei. Dies meldet die serbisch-bosnische Nachrichtenagentur SRNA. "Der muslimische Nationalismus" gehe laut dem Serbenpolitiker sogar so weit, die Ukraine-Krise für die eigenen Ziele zu nutzen.

Dodik erklärte, dass die muslimische Seite ihre Agenda dem Staat aufdrücken wolle. Dies zeigten etwa die politischen Entwicklungen um die Frage der antirussischen Sanktionen. Der serbisch-bosnische Politiker erklärte dazu:

"Es gab einige, die sich Erklärungen anschlossen, von denen wir als Teil der Gremien, die Entscheidungen treffen sollten, nichts wussten."

Dodik sagte zudem, dass er als Mitglied des militärischen Oberkommandos seines Landes nicht darüber informiert worden sei, dass der bosnische Verteidigungsminister Sifet Podžić eine Online-Konferenz mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Lloyd Austin abgehalten hatte. Dies kritisierte er scharf:

"Entscheidungen über die Armee und den Einsatz der Armee werden von der Präsidentschaft getroffen. Diese Angelegenheit wurde von der Präsidentschaft nicht erörtert, der Minister ist absolut nicht auf dem Laufenden. Er ist Teil eines gemeinsamen kriminellen Unterfangens zur Zerstörung Bosnien-Herzegowinas durch Muslime."

Weiter erklärte er, dass sogar die wichtigste muslimisch-bosnische Partei, die SDA, Anti-Dayton-Bestimmungen wie etwa die Abschaffung der Entitäten in ihrem Programm habe. Der Serbenpolitiker erklärte, dass, falls einige Vertreter der bosnischen Muslime die Verantwortung übernehmen würden, auf der internationalen Bühne einseitig und ohne Rücksprache mit der serbischen Seite zu handeln, sie hiermit signalisierten, dass es ein Bosnien-Herzegowina in der Verfassung oder im Friedensabkommen von Dayton nicht gebe. Er fügte hinzu:

"Bosnien-Herzegowina ist eine große Last für uns. Wir haben nicht für Bosnien-Herzegowina gekämpft, wir haben dagegen gekämpft. Wir kämpfen weiterhin gegen ein Bosnien-Herzegowina, das die Muslime wollen."

Die serbische Seite akzeptiere zwar Bosnien-Herzegowina, wie es im Dayton-Abkommen festgelegt wurde, aber das sei den Muslimen offensichtlich nicht genug, so Dodik.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e10d848fbef353c73231f.jpeg>

8:20 de.rt.com: **Ankara: "Wir tun alles, um den Konflikt in der Ukraine zu beenden"**

Die Türkei wolle Frieden in der Ukraine und scheue keine Mühen, um mit beiden Seiten des Konflikts zu verhandeln. Dies verkündete Ismail Safi, Mitglied des türkischen Präsidialrats für Außen- und Verteidigungspolitik, in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview mit der Zeitung Iswestija. Er hob hervor:

"Wir, die türkische Seite, wollen nur Frieden in der Region. Wir wollen keine Fortsetzung und Verlängerung des Konflikts, das haben wir immer abgelehnt. Aber der Konflikt ist bereits im Gange und es ergibt keinen Sinn, hier jemanden zu beschuldigen. Das einzige Land, das sich ernsthaft für die Beendigung dieses Konflikts einsetzt, ist die Türkei. Jeder sieht das. Niemand sieht, dass der Westen derzeit ernsthafte Anstrengungen zur Lösung des Konflikts unternimmt."

Ankara bemühe sich jedoch aufrichtig, sowohl mit der Ukraine als auch mit Russland zu verhandeln, um den Konflikt zu beenden, so Safi. Er äußerte die Hoffnung, dass die türkische Regierung in der Verhandlungsphase positive Ergebnisse erzielen wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f164cb480cc61c856f759.jpg>

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu spricht während der Friedensgespräche zwischen Delegationen aus Russland und der Ukraine in Istanbul, Türkei, am 29. März 2022

8:55 de.rt.com: **Verwaltung in Saporoschje: Ukraine hat den Zugang zum Asowschen Meer für immer verloren**

Die Ukraine hat ihren Zugang zum Asowschen Meer für immer verloren, da die Regionen Saporoschje und Cherson nie wieder unter die Kontrolle des Kiewer Regimes zurückkehren werden. Das verkündete Wladimir Rogow, ein Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung der Region Saporoschje, gegenüber [RIA Nowosti](#). Er sagte: "Das Asowsche Meer ist für die Ukraine für immer verloren. Die Häfen in den Gebieten Saporoschje und Cherson werden nie wieder ukrainisch sein. Ich bin mir sicher, dass das Asowsche Meer nach der Wiedervereinigung unserer Gebiete mit Russland wieder ein reines Binnenmeer der Russischen Föderation sein wird."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filipenko über die Lage am 26.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

17 Mann;

5 Schützenpanzerwagen;

9 Fahrzeuge.

Die Volksmiliz strebt danach, das Leben der ukrainischen Soldaten zu schützen und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so setzen die Artillerieeinheiten der Volksmiliz die Maßnahmen fort, **Agitationsflugblätter auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte abzuschießen**.

Gestern, nach der Befreiung von Swetlodarsk durch Einheiten der Volksmiliz der LVR, konnte sich einer der Offiziere, die an der Befreiung der Stadt beteiligt waren, wieder mit seiner Mutter treffen. Die Hauptaufgabe unserer Republik ist die Wiedervereinigung des Volkes des Donbass.

Wenn Sie Ihrem Heimatgebiet helfen wollen, wieder ein einheitliches Ganzes zu werden und den Nazismus loszuwerden, wenden Sie sich an das Militärkommissariat und stehen Sie zur Verteidigung der Heimat auf.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie an frontnahe Ortschaften der

Republik.

8:56 de.rt.com: **Fake News, Zensur und die YouTube-Chefin: "Wir bringen Russland unabhängige Nachrichten"**

Bisher ist YouTube in Russland nicht blockiert, obwohl die Plattform Fake News über den russischen Militäreinsatz in der Ukraine verbreitet. Die Chefin des Onlinedienstes betonte nun in Davos, man werde in Russland bleiben, um "unabhängige Nachrichten" zu liefern.

YouTube hat russische "staatlich geförderte Medien" weltweit blockiert, ist aber weiterhin in Russland aktiv, damit die Menschen dort Zugang zu sogenannten "maßgeblichen" Informationen haben. Das verkündete Susan Wojcicki, die Chefin der im Besitz von Google befindlichen Videoplattform, am Dienstag. Der Konflikt in der Ukraine habe gezeigt, wie Informationen als Waffe eingesetzt werden könnten, fügte sie hinzu.

Gleich zu Beginn des Ukraine-Konflikts habe "YouTube erkannt, dass dies ein unglaublich wichtiger Zeitpunkt für uns war, um unsere Verantwortung richtig wahrzunehmen", sagte Wojcicki in einem Interview mit Alyson Shontell, der Chefredakteurin des Magazins Fortune, das diese Woche im Rahmen des jährlichen Weltwirtschaftsforums in Davos stattfand. Sie fügte hinzu:

"Was wir in diesem Konflikt wirklich sehen, ist, dass Informationen eine Schlüsselrolle spielen, dass Informationen zu Waffen werden können."

YouTube habe "sehr harte Entscheidungen" getroffen. Die Sperrung von Konten russischer Medien weltweit, nicht nur in der EU, die Anfang März ein umstrittenes Verbot verhängt habe, gehörten dazu, so Wojcicki. Dies sei auf der Grundlage der internen Politik der Plattform geschehen, auch wenn man "viele Anfragen von verschiedenen Regierungen" erhalten habe.

Eine neue Richtlinie zu "verifizierten gewalttätigen Ereignissen" sei erlassen worden. Diese stelle die "Leugnung oder Verharmlosung" des Ukraine-Konflikts in die gleiche Kategorie wie die Leugnung des Holocausts, so die Youtube-Chefin. Die Plattform sei weiterhin in Russland tätig, da sie "unabhängige Nachrichten" im Land verbreiten könne.

Unterdessen hat Moskau mehrere Onlinedienstleister für ihre gegen Russland gerichteten Aktionen mit Sanktionen belegt. Twitter wurde wegen seiner Zensurpraxis gedrosselt und Meta, die Muttergesellschaft von Facebook, Instagram und WhatsApp, wurde wegen Verbreitung von Hetze zu einer extremistischen Organisation erklärt. YouTube ist das gleiche Schicksal bisher erspart geblieben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e1071b480cc328f795752.jpg>

10:13 (9:13) novorosinform.org: **Die Operation im Norden der DVR muss beschleunigt werden – Puschilin**

Die nördliche Richtung sei im Zusammenhang mit der Wasserversorgung der Siedlungen sehr wichtig, sagte das Oberhaupt der Republik.

Kiew habe Donezk, Makejewka und Gorlowka das Wasser abgestellt und könnte andere Wasserkraftwerke sprengen, sagte das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin. In diesem Zusammenhang bezeichnete er es als Notwendigkeit, die Operation im Norden der Republik zu beschleunigen.

"Der Feind hat die Wasserversorgung so schnell wie möglich unterbrochen, und angesichts der Tatsache, dass es sechs weitere gefährliche Abschnitte entlang der Route nach Slawjansk gibt, müssen wir beschleunigen", zitiert ihn RIA Nowosti.

Puschilin fügte hinzu, dass Spezialisten auch Zeit brauchten, um die Wasserversorgung wiederherzustellen. Er betonte, dass es wichtig sei, die Arbeiten vor der kalten Jahreszeit abzuschließen, da sich die Situation sonst als äußerst schwierig erweisen könne.

Der Staatschef der DVR sagte zuvor, dass die Operation zur Befreiung des Territoriums der Republik langsamer voranschreite, als wir es uns wünschen würden, da das Leben der Bevölkerung und der Infrastruktur gerettet werden müssten. Die Streitkräfte der Ukraine versteckten sich hinter Zivilisten, was die Aufgabe erheblich erschwere, fügte Puschilin hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/52/11/45211_720x405.jpg

9:15 de.rt.com: **Russisches Katastrophenschutzministerium richtet drei mobile Informationszentren in Mariupol ein**

In Mariupol wurden drei mobile Komplexe zur Information der Einwohner eingerichtet. Das teilte der Pressedienst des russischen Katastrophenschutzministeriums der Nachrichtenagentur TASS mit. Die Behörde erklärte:

"Seit fast drei Monaten befinden sich die Einwohner von Mariupol in einem Informationsvakuum, weil die Stromversorgung unterbrochen ist. Zur Übermittlung von Informationen an die Öffentlichkeit haben Rettungskräfte des russischen Katastrophenschutzministeriums drei mobile Informations- und Warnkomplexe eingerichtet. Einer dieser Komplexe wurde fest installiert, während die beiden anderen in der Stadt herumfahren und zwei Stunden lang Nachrichten in verschiedenen Teilen von Mariupol ausstrahlen."

Solche Komplexe gebe es auch in den Bezirken Wolnowacha und Krasnolimanski. Diese würden Nachrichten von Fernsehsendern ausstrahlen, Einwohner mit Hintergrundinformationen versorgen und Kindern Zeichentrick- und Märchenfilme zeigen. In den vergangenen fünf Tagen hat das russische Katastrophenschutzministerium 1.400 Tonnen humanitäre Hilfe in die Ukraine und den Donbass geliefert. Die Ladungen umfassten Lebensmittel, Wasser in Flaschen, Medikamente und Dinge des täglichen Bedarfs. Seit Beginn der humanitären Mission lieferte das Amt somit mehr als 22.000 Tonnen Hilfsgüter in die Region.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f1a2e48bfef53d7564c8a.jpg>

Auf dem Bild: Ein mobiler Informationskomplex des russischen Katastrophenschutzministeriums

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.5.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 257 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 9 wurden verletzt**. 12 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 47 ukrainische Nationalisten, eine Feuerstellung eines 152mm-Artilleriegeschützes 2S3 „Akazija“, 2 Panzer, 3 Schützenpanzer und ein Feldlager mit Munition vernichtet. Ein 152mm-Geschütz „Msta-B“, 3 Schützenpanzer und ein Panzer wurden erbeutet.

9:40 de.rt.com: LVR-Botschafter: Rund 8.000 ukrainische Soldaten haben sich im Donbass ergeben

Insgesamt haben sich rund 8.000 ukrainische Soldaten in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk ergeben. Das verkündete der Botschafter der LVR in Moskau Rodion Miroshnik. Er sagte dem TV-Sender Solowjow Live:

"Es gibt viele Gefangene. Natürlich gibt es auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik noch mehr."

"Die Gesamtzahl liegt jetzt bei etwa 8.000, das ist sehr hoch. Jeden Tag kommen buchstäblich Hunderte hinzu."

Der Botschafter fügte hinzu, dass die Zahl der "Gefangenen und der Toten" nur noch steigen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f21c1b480cc67bd4e6f17.jpg>

Ukrainische Soldaten in einem provisorischen Kriegsgefangenenlager der russischen Armee im Gebiet Charkow.

10:44 (9:44) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Putin wies an, Renten, Mindestlöhne und das Existenzminimum zu erhöhen**

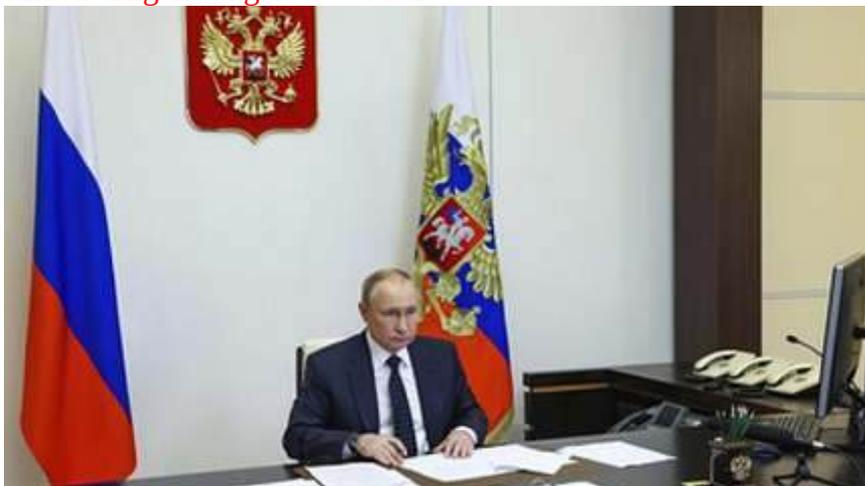
Der russische Präsident erklärte, dass sich die heimische Wirtschaft besser entwickelt habe als von Experten vorhergesagt.

Ab dem 1. Juni werden die Leistungen für nicht erwerbstätige Rentner und das Existenzminimum in Russland um 10 % erhöht, und ab dem 1. Juli soll der Mindestlohn um den gleichen Betrag steigen. Eine entsprechende Anordnung wurde vom russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen, berichtete RIA Novosti.

Er wies darauf hin, dass in der Regierung des Landes seit langem über die Indexierung der Zahlungen diskutiert wird. Putin betonte jedoch, dass diese Maßnahmen notwendig sind, da sie es ermöglichen werden, die Inflationsrate zu übertreffen.

Der russische Regierungschef fügte hinzu, dass sich eine Erhöhung des existenzsichernden Lohns positiv auf andere Leistungen und Zahlungen auswirken würde, die Familien mit Kindern unterstützen würden. Putin sagte, die russische Wirtschaft habe sich besser entwickelt, als "einige Experten" vorhergesagt hätten.

Der Präsident hat auch angewiesen, die Entschädigung für Soldaten, die an Sondereinsätzen teilnehmen, zu erhöhen. Er forderte, dass die Fragen der sozialen Unterstützung für das Militär umgehend gelöst werden.



https://novorosinform.org/content/images/52/15/45215_720x405.jpg

10:00 de.rt.com: **Russische Militärpolizei entdeckt ukrainisches Waffenlager in Gebiet Cherson**

Im Gebiet Cherson soll ein Waffenlager entdeckt worden sein, das von ukrainischen Elementen hinterlassen worden sei. Dies teilte Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes Cherson, am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal mit. Er erklärte:

"Die Militärpolizei arbeitet daran, die Verstecke zu finden, die von terroristischen Organisationen wie dem SBU und anderen Strukturen hinterlassen wurden. Ich will ganz offen sein: Das Gebiet Cherson wurde befreit, und spezielle Dienste arbeiten im Gebiet Cherson nun daran, die 'Hinterlassenschaften' des Terrorismus und Nazismus zu beseitigen." Gemäß einem der Nachrichtenagentur TASS [vorliegenden](#) Video zu urteilen, befand sich das Waffenversteck in einem Waldgebiet unweit einer Landstraße. In dem Versteck wurden Sprengstoff, ein tragbarer Panzerabwehrgranatwerfer samt Munition sichergestellt.

10:15 de.rt.com: **Experten: US-Bemühungen, Russland zu isolieren, scheitern an der Haltung anderer Länder**

Ein Großteil der internationalen Gemeinschaft weigert sich, den USA und ihren Verbündeten Folge zu leisten und Russland wegen seiner militärischen Sonderoperation in der Ukraine zum Außenseiter zu machen. Diese Ansicht vertreten Daniel Depetris und Rajan Menon von der in Washington ansässigen Denkfabrik Defense Priorities in einem gemeinsamen Kommentar, der am Mittwoch von Politico veröffentlicht wurde.

Ihrer Ansicht nach sei "in weiten Teilen der übrigen Welt ein spürbarer Mangel an moralischem Eifer in der Reaktion der westlichen Länder" auf die russische Sonderoperation festzustellen. Sie stellen fest:

"Stattdessen haben sich Länder wie Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, die Türkei und Südafrika weitgehend zurückgehalten. Hauptsächlich um ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen zu schützen."

11:23 (10:23) novorosinform.org: **DVR sammelt Beweise für BFU-Verbrechen für das Tribunal – Morosowa**

Das Büro der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der Republik sammelt Beweise für Kriegsverbrechen durch die nationalistischen Bataillone und die ukrainische Armee. Beweise für die Gräueltaten der Streitkräfte der Ukraine und der nationalistischen Bataillone werden einem Militärtribunal für ukrainische Kämpfer vorgelegt. Dies erklärte die Ombudsfrau der DVR Darja Morosowa, [berichtet](#) RIA Novosti.

Sie erläuterte, dass das Büro der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR zu diesem Zweck seit 2014 Beweise für Kriegsverbrechen der Ukraine im Donbass sammelt und überprüft. Morosowa fügte hinzu, dass sich diese Aktivität mit dem Beginn der Spezialoperation auch auf die besetzten Gebiete der Republik ausgeweitet habe, wo ukrainische Militärs mit besonderer Grausamkeit vorgehen.

Laut der Ombudsfrau werden Beweise für Straftaten zur Untersuchung an die zuständigen Behörden weitergeleitet, damit künftig alle Verantwortlichen bestraft werden können. Zuvor sagte der stellvertretende Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten, eurasische Integration und Beziehungen zu Landsleuten Wiktor Wodolatskij, dass das Schicksal der Nationalisten aus „Asowstal“ innerhalb eines Monats entschieden werde. Er merkte an, dass das Dokument, das das Verfahren des Tribunals definiert, in naher Zukunft fertig sein werde.



https://novorosinform.org/content/images/52/18/45218_720x405.jpg

10:30 de.rt.com: **Pakistanische Regierung erlaubt Armeeinsatz gegen Protestmarsch von Ex-Premierminister Imran Khan**

Angesichts eines Protestmarsches, den der frühere pakistanische Premierminister Imran Khan anführt, hat die Regierung in Islamabad beschlossen, die Sicherheit durch die Armee zu gewährleisten. Die Protestierenden fordern Neuwahlen und geben der Regierung sechs Tage Zeit.

Am Donnerstagmorgen hat die pakistanische Regierung einen Einsatz der Armee im Regierungsviertel der Hauptstadt Islamabad beschlossen, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Die Entscheidung fiel angesichts der massenhaften Proteste, zu denen der ehemalige Premierminister Imran Khan aufgerufen hatte.

Innenminister Rana Sanaulah hatte bereits in der Nacht zum Donnerstag den Einsatz der Armee im sogenannten D-Chowk-Viertel von Islamabad angekündigt. Ihm zufolge sollte die Maßnahme helfen, wichtige Regierungsgebäude, darunter das Oberste Gericht, das Parlament, das Präsidentialamt und die Residenz des Premierministers, zu schützen.

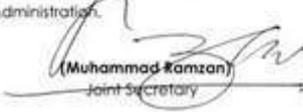
GOVERNMENT OF PAKISTAN
MINISTRY OF INTERIOR

1/20/2018-CAF(C)

Islamabad, the 26th May 2022

ORDER

S.R.O (11)/2022:- Pursuant to the law and order situation in the Islamabad Capital Territory, the Federal Government, in exercise of powers conferred under Article 245 of the Constitution of Islamic Republic of Pakistan, is pleased to authorize deployment of sufficient strength of troops of Pakistan Army in Red Zone in ICT in aid of civil power for protection of important Government buildings including Supreme Court of Pakistan, Parliament House, Presidency, Prime Minister's Office / House, PTV HQs, Pakistan Secretariat, and Diplomatic Enclave, subject to laws enforced in Pakistan, with immediate effect and until further orders. The exact number of troops to be deployed will be worked out by the Pakistan Army authorities in consultation with ICT Administration.


(Muhammad Kamran)
Joint Secretary

The Manager
Printing Corporation of Pakistan
Islamabad

1. Secretary to Prime Minister, PM's Office, Islamabad
2. Secretary, Ministry of Defence, Rawalpindi
3. Chief Commissioner, ICT, Islamabad
4. Military Operations Directorate, GHQ, Rawalpindi
5. Inspector General of Police, ICT, Islamabad
6. Deputy Secretary (Security), Ministry of Interior, Islamabad
7. Director to Minister for Interior, Islamabad
8. PSO to Secretary Interior, Islamabad
9. PSs to ASs (BM and IFS), Ministry of Interior, Islamabad

<https://pbs.twimg.com/media/FTob9ZCXwAMqTlc?format=jpg&name=small>

Zuvor hatte Khan, der Vorsitzende der Partei Bewegung für Gerechtigkeit (PTI), seine Anhänger [aufgerufen](#), sich im Regierungsviertel der pakistanischen Hauptstadt zu versammeln und es nicht zu verlassen, bis das Parlament aufgelöst wird und die "importierte Regierung" Neuwahlen ausruft. Ein Video zeigte den Politiker an der Spitze einer großen Autokarawane, die auf dem Weg nach Islamabad durch mehrere Städte gefahren war. Am Donnerstag gab der Politiker der Regierung sechs Tage Zeit, um Neuwahlen auszurufen. Gleichzeitig warf er den Behörden vor, mit der Polizeigewalt und der Verfolgung von Oppositionellen das Land in die Anarchie zu führen.

Inzwischen tauchten in den sozialen Netzwerken [Videos](#) auf, die zahlreiche Protestierende und Feuer in Islamabad zeigten.

Aus mehreren Städten des Landes kamen Berichte über Zusammenstöße mit der Polizei. Demnach kamen mindestens fünf Menschen ums Leben. Es gab Verletzte. Bei landesweiten Razzien wurden bis Dienstag mehr als 400 Anhänger des Ex-Premierministers festgenommen. Bei einer der Razzien wurde den Behörden zufolge in der Großstadt Lahore ein Polizist in der Wohnung eines führenden PTI-Mitglieds getötet.

Die Regierung um Premierminister Shehbaz Sharif lehnt Verhandlungen mit der PTI kategorisch ab. Zur Begründung heißt es, dass die jetzige Regierung über eine breite Basis verfüge, alle politischen Parteien repräsentiere und die Grundrechte der Bevölkerung schütze. Khan war im April nach fast vier Jahren im Amt durch ein Misstrauensvotum gestürzt worden. Er machte die USA dafür verantwortlich. Die US-Regierung, das pakistanische Militär und das neu geführte Außenministerium wiesen die Vorwürfe zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f34e6b480cc67bd4e6f26.jpg>

Anhänger des ehemaligen Premierministers Imran Khan marschieren in den frühen Morgenstunden des 26. Mai 2022 durch eine Straße in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad.

10:35 de.rt.com: **Ukrainischer Botschafter Melnik verspottet deutsche Waffenlieferungen**

Die Kritik des ukrainischen Botschafters in Deutschland Andrei Melnik an der zögerlichen Haltung der deutschen Regierung bei der Lieferung schwerer Waffen an Kiew lässt nicht nach. Kürzlich veröffentlichte er auf Twitter ein Bild, mit dem er sich über die schleppende Militärhilfe lustig machte. Das Foto zeigte eine Schnecke mit einer aufgeklebten Kugel und wurde von der Unterschrift begleitet:

"Deutsche Waffen für die Ukraine bereits unterwegs."

Weiter gab Melnik an, das Bild von einem Mitglied der ukrainischen Regierung per WhatsApp zugeschickt bekommen zu haben.



<https://pbs.twimg.com/media/FTohjlKWIAEr0R8?format=jpg&name=small>

11:46 (10:46) novorosinform.org: **Die Ukraine bereitet Raketenangriffe auf vier große Städte Russlands vor - der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung von Saporoschje Wladimir Rogow sprach über den Eingang von Informationen aus der Umgebung von**

Wladimir Selenskij über die Vorbereitungen der Ukraine für eine groß angelegte Offensive gegen die Russische Föderation.

Der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung (MZV) des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, sagte, dass Personen aus der Umgebung ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zugegeben hätten, dass es Pläne für Raketenangriffe auf große russische Städte gebe, berichtet RIA Novosti.

„Wir haben zuverlässige Informationen aus Selenskij's Umgebung erhalten, dass das Kiewer Regime Raketenangriffe auf vier große russische Städte vorbereitet: Belgorod, Brjansk, Rostow am Don und Simferopol“, sagte Rogow.

Der Leiter der MZV von Saporoschje sagte, dass sich gleichzeitig ukrainische Truppen auf eine Offensive gegen die Krim und den Donbass vorbereiteten. Laut Rogow verhinderte der russische Präsident mit der militärischen Spezialoperation die Offensive der ukrainischen Truppen, nur um wenige Tage früher als Kiew's Pläne.



https://novorosinform.org/content/images/52/22/45222_720x405.jpg

10:50 de.rt.com: **US-Außenministerium: Russland sollte nicht vom Internet abgeschnitten werden**

Die USA rufen die "beteiligten Akteure in aller Welt" auf, Russland nicht vom Internet abzuschneiden, um seinen Bürgern nicht den Zugang zu Informationen zu verwehren. Entsprechend äußerte sich der Pressesprecher des US-Außenministeriums Ned Price am Mittwoch bei einer Pressekonferenz.

Price sagte, Informationen sollten weiterhin in das Land fließen und das Internet sollte "frei und offen innerhalb Russlands selbst" bleiben.

Die USA werden weiterhin Journalisten und ihre Organisationen in Russland unterstützen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes, so der Sprecher des US-Außenministeriums.

11:52 (10:52) novorosinform.org: **Nicht alle Kämpfer in „Asowstal“ ergaben sich – Puschilin**

Von einer vollständigen Säuberung der Anlage könne noch keine Rede sein, sagte das Oberhaupt der DVR.

Auf dem Territorium des Asowstal-Werks wurden Kämpfer gefunden, die sich versteckt hatten, während der Rest sich ergab. Dies sagte der Staatschef der DVR Denis Puschilin. Es gebe Garantie für eine vollständige Säuberung der Anlage, sagte Puschilin auf die Frage, ob man mit Sicherheit sagen könne, dass es auf dem Territorium von Asowstal keine ukrainischen Kämpfer mehr gebe. Gleichzeitig fügte er hinzu, dass diejenigen, die auf dem Territorium des Werks blieben, keine aktive Bedrohung mehr darstellten.

„Nachdem unsere Einheiten alles überprüft, Minen geräumt, alle Trümmer geräumt haben, wird man sagen können, dass dort niemand mehr ist“, zitiert ihn RIA Novosti.

Er stellte fest, dass die Arbeiten zur Minenräumung der Anlage beschleunigt wurden, es aber

noch verfrüht sei, den genauen Zeitpunkt für die Fertigstellung zu nennen. Zuvor wurde berichtet, dass bei der Inspektion des offenen Bereichs der Anlage auf das Vorhandensein explosiver Gegenstände vier Mitarbeiter des pyrotechnischen Arbeitskommandos des Ministeriums für Notsituationen der DVR verletzt wurden.



https://novorosinform.org/content/images/52/23/45223_720x405.jpg

11:30 de.rt.com: **Ukrainische Kriegsgefangene berichten über Sperrtruppen**

In zwei vom russischen Verteidigungsministerium [veröffentlichten Videos](#) haben ukrainische Kriegsgefangene von Sperrtruppen berichtet, die auf dem Rückzug befindliche Soldaten erschießen. Die Männer weisen sich als Angehörige des 13. Bataillons der 95. Luftsturmbrigade aus. Sie seien am 25. Mai bei Kämpfen um die Stadt Liman wegen zahlenmäßiger Unterlegenheit in Kriegsgefangenschaft geraten.

Einer der Soldaten, der sich Dmitri Tarasjuk nannte, gab an:

"Wie unsere Kommandeure uns sagten, werden diejenigen, die sich zurückziehen, an Ort und Stelle erschossen. Sollte jemand weglaufen, steht hinten ein Sperrtrupp, der euch ebenfalls erschießen wird."

Der zweite Gefangene, Maxim Gorjajnow, berichtete ebenfalls von Erschießungsandrohungen durch Offiziere, die er verächtlich "Väter-Kommandeure" nannte. Dies ist eine im russischsprachigen Raum übliche, meist abfällige Bezeichnung für Offiziere. Er fügte hinzu: "Es gab Sperrabteilungen aus Nationalisten, die mit Maschinengewehren und Granatenwerfern ausgestattet waren."

Gorjajnow zufolge haben bis zu 450 ihrer Kameraden den Kampfbefehl verweigert und wurden verhaftet. Ihr weiteres Schicksal sei unbekannt.

12:35 (11:35) [novorosinform.org](#): **Puschilin ordnete die Schaffung der Verwaltung in Swetlodarsk an**

Der Staatschef der DVR unterzeichnete ein Dekret, wonach das befreite Swetlodarsk in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung der Stadt Debalzewo aufgenommen wird.

Das Dekret des Oberhauptes der DVR Nr. 236 vom 26. Mai 2022 schafft eine lokale Verwaltung der Volksrepublik Donezk - die Verwaltung von Swetlodarsk. Dem Dokument zufolge gehört die Stadt zur Einflusszone der Verwaltung von Debalzewo.

Das Dekret legt fest, dass Swetlodarsk eine territoriale Körperschaft der Verwaltung von Debalzewo ist. Das Dokument tritt am Tag seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft. Zuvor berichtete die Volksmiliz der DVR, dass Swetlodarsk von der kombinierten Truppengruppierung der RF-Streitkräfte und der LDVR befreit worden sei. In dem Bericht heißt es, dass die Verteidigungslinie der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe der Stadt

durchbrochen wurde.



https://novorosinform.org/content/images/52/27/45227_720x405.jpg

12:41 (11:41) novorosinform.org: **Einige Länder erklärten sich bereits bereit, am Tribunal für Verbrechen der Streitkräfte der Ukraine teilzunehmen - Puschilin**

Der Staatschef der DVR Denis Puschilin sagte, dass das internationale Tribunal so offen und transparent wie möglich sein sollte, damit alle, einschließlich Vertreter westlicher Länder, daran seien.

Laut Puschilin hätten einige befreundete Länder bereits zugestimmt, am Tribunal für die Verbrechen ukrainischer Nationalisten teilzunehmen, [berichtet](#) RIA Novosti.

Er stellte fest, dass der Prozess offen und transparent sein sollte, damit niemand auf der Welt die Entscheidungen des internationalen Tribunals anzweifelt.

„Deshalb werden wir absolut jeden einladen, einschließlich Vertreter westlicher Länder. Und ob sie sich diesem Prozess anschließen oder nicht, ist ihre Entscheidung. Natürlich haben einige befreundete Länder ihre Zustimmung bereits im Voraus gegeben“, sagte Puschilin. Puschilin fügte hinzu, dass die Liste der Länder, die sich bereit erklärt haben, an dem Tribunal teilzunehmen, zwar nicht bekannt gegeben werde, einige Länder „von ihnen jedoch bereits offensichtlich sind“. Das Oberhaupt der DVR stellte fest, dass detaillierte Informationen über die Teilnehmer bekanntgegeben würden, wenn alle Dokumente und die Satzung des Tribunals fertiggestellt sind.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/05/1a/1790809621_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_359aad803568de3da21f120d4638c886.jpg

11:55 de.rt.com: Puschilin: **Erste Runde des Mariupol-Tribunals noch vor Ende Sommer möglich**

Die erste Phase des Tribunals gegen ukrainische Nationalisten aus dem Hüttenwerk Asow-Stahl in Mariupol könnte bereits bis zum Ende des Sommers durchgeführt werden, erklärte der Chef der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin in einem Interview mit RIA Nowosti. Er sagte:

"Es ist absolut logisch, wenn das Mariupol-Tribunal zuerst stattfindet. Können wir es theoretisch schaffen, es im Sommer abzuhalten? Ja, und da würde ich allerdings nicht zögern."

Laut Puschilin müsse man "so schnell wie möglich diese verbrecherischen neonazistischen Wesen zur Schau stellen, die wir vor allem in der Stadt Mariupol, insbesondere in Asow-Stahl, überwältigen mussten". ...



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f4444b480cc56e635f4b3.JPG>

nachmittags:

12:18 de.rt.com: **Brasiliens Wirtschaftsminister: Nach Russland kann Europa auch Lateinamerika verlieren**

Brasiliens Wirtschaftsminister Paulo Guedes warnt die Europäische Union vor einem möglichen Verlust von Partnern in Lateinamerika, wie sie bereits Russland verloren habe. Der Ökonom rät Brüssel zu einer Integration mit den Ländern, die sich zurückgelassen fühlen.

In seiner Rede beim Weltwirtschaftsforum in der Schweizer Gemeinde Davos hat der brasilianische Wirtschaftsminister Paulo Guedes die Haltung der Europäischen Union gegenüber den lateinamerikanischen Ländern kritisiert. Im zugehörigen Interview sagte Guedes, dass Brüssel Partner in dieser Region verlieren könnte, wie es zuvor Russland verloren habe. Der Ökonom wurde am Mittwoch von dem brasilianischen Nachrichtenportal G1 mit den Worten zitiert:

"Ich habe den Europäern gesagt: 'Sie haben Russland verloren und verlieren jetzt Lateinamerika. Sie werden allein dastehen, wenn Sie nicht begreifen, dass Sie diejenigen integrieren müssen, die Sie zurückgelassen haben'."

Guedes erklärte ferner, dass auch Brasilien unter den Ländern gewesen sei, die zurückgelassen worden seien. Nun könne sein Land aber "dank einer neuen Achse" wachsen. Damit meinte der Wirtschaftsminister die erneuerbaren Energien, den IT-Bereich und die Lebensmittelsicherheit.

Der Ökonom verwies darauf, dass sich die wirtschaftliche Situation weltweit infolge der COVID-19-Pandemie und des Ukraine-Krieges drastisch ändere. So seien die Lieferungen aus Europa nach Brasilien während der Pandemie um 30 Prozent geschrumpft. Die Importe aus Asien ins südamerikanische Land seien dagegen um 40 Prozent gewachsen. Während die

europäischen Staaten Handelsgebühren einführen, um ihre Arbeitsstellen zu schützen, senke Brasilien im Gegenteil seine Zolltarife.

"Wir öffnen uns, wir werden effizienter. Wir sind spät zur Party gekommen, aber wir sind sehr gut aufgelegt."

Als Beispiel führte Guedes Frankreich und Belgien an, die seiner Ansicht nach den Beitritt Brasiliens zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hinauszögerten, um ihre eigene Landwirtschaft vor der Konkurrenz aus Brasilien zu schützen. Dabei würden Paris und Brüssel allmählich irrelevant für die größte Wirtschaft Südamerikas. Zur Veranschaulichung seiner These führte der Wirtschaftsminister folgende Statistiken an: Während sich Brasiliens Handelsumsatz mit Frankreich und China zu Beginn des Jahrhunderts auf jeweils zwei Milliarden US-Dollar jährlich belaufen habe, seien es jetzt 120 Milliarden US-Dollar im Fall von China und nur sieben Milliarden US-Dollar im Fall von Frankreich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f49adb480cc60536ab1b7.jpg>

12:20 de.rt.com: **Scholz: Putin hat alle strategischen Ziele in Ukraine verfehlt**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich erneut überzeugt davon gezeigt, dass der russische Präsident Wladimir Putin den Krieg in der Ukraine nicht gewinnen werde. Am Donnerstag sagte er in seiner Rede zum Abschluss der Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos in der Schweiz:

"Schon jetzt hat er alle seine strategischen Ziele verfehlt. Eine Einnahme der gesamten Ukraine durch Russland scheint heute weiter entfernt als noch zu Beginn des Krieges. Mehr denn je betont die Ukraine ihre europäische Zukunft."

Zudem habe die "Brutalität des russischen Kriegs" die ukrainische Nation enger zusammengeschweißt als je zuvor und zwei Staaten zur Annäherung an die NATO bewegen, betonte der Kanzler. Der SPD-Politiker begrüßte die laufenden Beitrittsgespräche mit Stockholm und Helsinki:

"Mit Schweden und Finnland wollen sich zwei enge Freunde und Partner dem nordatlantischen Bündnis anschließen. Sie sind herzlich willkommen!"

Putin habe auch die Geschlossenheit und Stärke unterschätzt, mit der die Gruppe der sieben großen Industrienationen (G7), die NATO und die EU auf seine Aggression reagiert hätten. Laut Scholz wolle Putin zurück zu einer Weltordnung, in der der Stärkere diktiert, was Recht sei. Der Kanzler rief die internationale Gemeinschaft auf, sich entschieden gegen den Versuch zu wehren, "uns zurückzubomben in eine Zeit, als Krieg ein gängiges Mittel der Politik war".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f523248fbef571948f774.jpg>

12:40 de.rt.com: **Selenskijs Präsidialbüro zu westlichen Vertretern in Davos: "F**** euch, ihr Dummf****r"**

Als "Dummf****r", die gefälligst "sich selber f****n" sollen, bezeichnete der Berater des ukrainischen Präsidenten bei einem Interview westliche Politiker, die das Land im Namen des Friedens auf Zugeständnisse an Russland drängen. Ein Skandal bleibt bislang aus.

Der ukrainische Präsidentenberater Alexei Arestowitsch hat mit obszönen Worten und Gesten diejenigen Politiker im Westen kritisiert, die Kiew dazu drängen, bei der Kontrolle von Teilen des Territoriums, das das Kiewer Regime als sein eigenes betrachtet, um des Friedens willen Zugeständnisse an Russland zu machen. Diese seien nichts weniger als "Verbündete Moskaus". In einem Interview für Mark Feigin am Mittwoch deutete Arestowitsch subtil an: "F****t euch selbst mit solchen Vorschlägen, ihr Dummf****ker – ein wenig mit ukrainischem Territorium handeln, wie?! Habt ihr ein Rad ab oder was?! Hier fließt Blut, unsere Kinder sterben, Infanteristen halten Granaten mit ihren eigenen Körpern auf – und die erzählen uns, wie wir unser Territorium opfern sollen. Ihr könnt mir einen lu****en – das wird niemals passieren."

Arestowitsch kritisierte damit die Logik, die er in den "blökenden" Stimmen der angeblichen "westlichen Verbündeten" des Kremls gehört haben will. Diese würden die Ukraine dazu drängen, "ihren Appetit zu zügeln" und Russland die Gebiete zu überlassen, die es angeblich haben will, weil dies Kiew einen Friedensvertrag einbringen und erlauben würde, "einen umfassenden Frieden in Europa zu schaffen und zum Tagesgeschäft überzugehen".

Ein diplomatischer Skandal aufgrund der Kraftausdrücke, mit denen Arestowitsch seine an westliche Politiker gerichtete Tirade kräftig würzte, ist bislang ausgeblieben.

Michail Podoljak, ein weiterer Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, wandte sich am Mittwoch auf Telegram gar an die "pro-russischen Lobbyisten in Europa": "Wir verkaufen weder unsere Bürger noch Staatsgebiete noch Souveränität. Dies ist eine klare rote Linie. Die ukrainische Gesellschaft hat einen schrecklichen Preis bezahlt und wird niemandem erlauben, auch nur einen Schritt in diese Richtung zu machen – keiner Regierung und keinem Land."

Zwar wolle niemand eine lange Militäraktion oder eine Lebensmittelkrise, doch "der kürzeste Weg, den Krieg zu beenden, sind Waffen, Sanktionen und finanzielle Unterstützung für die Ukraine", argumentierte er. Selbstverständlich durfte da auch PR-Arbeit nicht zu kurz kommen, indem Podoljak die Finte des russischen Militärs, um große Aufgebote vom Donez-Becken in andere Regionen der Ukraine abzulenken, als Sieg der Ukraine darstellte:

"Die Ukrainer haben Kiew verteidigt, drei Regionen befreit und sind dabei, die Befreiung der vierten Region abzuschließen. Heute bieten uns die gleichen Leute an, Russland den Osten

und den Süden zu überlassen. Vielen Dank für den Ratschlag, aber wir werden Hilfen dann wohl doch lieber in der Form von Waffen annehmen."

Die Äußerungen von Arestowitsch und Podoljak erfolgten als Reaktion auf die Rede des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am Montag. Kissinger forderte die Ukraine auf, rasch Frieden zu schließen und eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Februar 2022 anzustreben.

Kiew hat demgegenüber jüngst bekräftigt, dass man keinen Friedensvorschlägen zustimmen werde, die die Grenzen der Ukraine vor dem Jahr 2014 nicht respektierten.

Moskau machte mehrfach deutlich, dass die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Status der Krim als russische Region nicht zur Disposition stehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f3febb480cc60630e7f64.png>

Der Berater des ukrainischen Präsidenten Selenskij, Alexei Arestowitsch, stellt seine Haltung mit Kraftausdrücken und obszönen Gesten eindrucksvoll unter Beweis. Stillbild aus dem Video-Interview mit Mark Feigin

12:45 de.rt.com: **DVR-Vertreter schließen Verbleib von versprengten ukrainischen Kämpfern im Stahlwerk Asowstal nicht aus**

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat von versprengten ukrainischen Militärangehörigen berichtet, die bei der [Räumung](#) des Mariupoler Asow-Stahlwerks vorgefunden worden seien. In einem Interview mit RIA Nowosti schloss er den Verbleib weiterer Ukrainer in den Ruinen nicht aus:

"Sie konnten sich einfach physisch versteckt haben, oder verloren oder zurückgeblieben sein. Einige haben wir bereits gefunden und zur Verwahrung weitergeleitet. Aber ob sich dort nicht noch jemand versteckt hält? Mit 100-prozentiger Sicherheit können wir es nicht sagen, solange wir nicht jede Ecke von Asow-Stahl überprüfen. Dabei ist das Gelände ziemlich groß."

Puschilin räumte zudem ein, dass die Streitkräfte Russlands und der DVR Sprengfallen auf dem Werkgelände vorgefunden hätten und einige Soldaten bei ihrer Räumung verletzt worden seien. Kämpfe würden in Asow-Stahl allerdings nicht stattfinden. Auch eine aktive Gefahr durch ukrainische Versprengte schloss das DVR-Oberhaupt aus.

Indessen hat der Pressesprecher der Donezker Streitkräfte Eduard Basurin erklärt, dass eine komplette Räumung des Werkgeländes nach seinen Einschätzungen etwa zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen werde.

13:00 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: ukrainisches Militärtransportflugzeug und Hubschrauber abgeschossen**

In seinem täglichen Pressebericht hat das russische Verteidigungsministerium bekannt gegeben, ein ukrainisches Militärtransportflugzeug mit Waffen- und Munitionslieferungen im

Gebiet Odessa abgeschossen zu haben. Des Weiteren seien in den Gebieten Charkow und Lugansk ein Hubschrauber vom Typ Mi-24 und 13 Drohnen zerstört worden. Insgesamt seien seit Beginn des russischen Militäreinsatzes unter anderem 179 Flugzeuge, 127 Hubschrauber, 1019 Drohnen und 3266 Panzerfahrzeuge vernichtet worden, erklärte der Pressesprecher des Ministeriums Igor Konaschenkow.

13:25 de.rt.com: **Kreml fordert Westen auf, Schikanen für Getreideexporte aus der Ukraine aufzuheben**

Moskau weist die Vorwürfe, es behindere Getreideexporte aus der Ukraine nach Afrika und in andere Länder, kategorisch zurück, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow. Bei einem Briefing am Donnerstag kommentierte er entsprechende Äußerungen gegenüber Journalisten wie folgt:

"Wir lehnen diese Anschuldigungen kategorisch ab und beschuldigen im Gegenteil die westlichen Länder, eine Reihe von illegalen Maßnahmen ergriffen zu haben, die zu dieser Blockade geführt haben."

Auf die Frage, ob die westlichen Länder aus russischer Sicht die Sanktionen aufheben müssten, damit die Getreidelieferungen wieder aufgenommen werden könnten, räumte der Kremlsprecher ein:

"Sie sollten diese illegalen Beschlüsse aufheben, die die Schiffsfracht und die Getreideexporte verhindern und so weiter und so fort."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f595b48fbef588932cfc8.jpg>

13:28 de.rt.com: **Zusammenarbeit mit Iranischer Revolutionsgarde: USA verhängen Sanktionen gegen russische Firmen**

Das US-Finanzministerium verhängt Sanktionen gegen russische Firmen und Einzelpersonen, die unter dem Verdacht stehen, die Iranische Revolutionsgarde bei der Umgehung von Sanktionen unterstützt zu haben.

Die Biden-Regierung beschuldigt Russland, der Iranischen Revolutionsgarde, die in den USA auf der schwarzen Liste steht, geholfen zu haben, für hunderte Millionen Dollar Öl rund um den Globus zu verkaufen. Das Weiße Haus verhängte deshalb am Mittwoch Sanktionen gegen russische Unternehmen und Einzelpersonen, die an der "Schmuggeloperation" Irans beteiligt gewesen sein sollen, hieß es im [Wall Street Journal](#) (WSJ).

Der Schritt am Mittwoch markiert laut WSJ eine neue Reihe von Strafmaßnahmen gegen die beiden größten Rivalen der USA und verbindet Russlands staatliche Ölgesellschaft mit der Quds-Einheit der Iranischen Revolutionsgarde, die von den USA als "Terrororganisation"

eingestuft wurde.

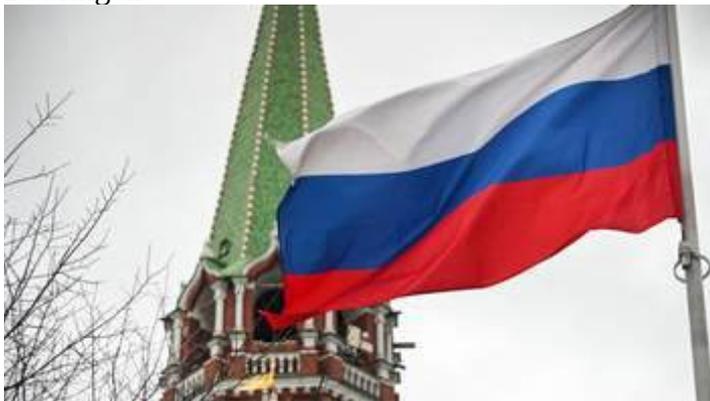
Zu den Unternehmen und Einzelpersonen, die im Rahmen der jüngsten Strafmaßnahmen ins Visier genommen wurden, gehört ein in Russland ansässiges Unternehmen namens RPP Ltd. Dieses soll nach Darstellung des US-Finanzministeriums vom ehemaligen Beamten der Revolutionsgarde, Rostam Ghasemi, zum Verkauf und Transport von iranischem Öl genutzt worden sein. Die US-Regierung beschuldigte RPP auch, als Kanal für die russische Regierung, einschließlich ihrer Geheimdienste, zu dienen, um Gelder an die Revolutionsgarden zu überweisen.

Zamanoil DMCC, ein weiteres Unternehmen, das Ziel der Strafmaßnahme vom Mittwoch war, habe mit der russischen Regierung und dem staatlichen Mineralölunternehmen [Rosneft](#) zusammengearbeitet, um im Auftrag der Quds-Einheit iranisches Öl nach Europa zu befördern, behauptete das US-Finanzministerium.

Die russische Botschaft in Washington und die iranische Mission bei den Vereinten Nationen reagierten nicht sofort auf Anfragen nach Stellungnahmen.

Die Sanktionen und die damit verbundenen Vorwürfe erfolgten zu einem Zeitpunkt, als die Verhandlungen zur Wiederbelebung des Atomdeals mit Iran festgefahren sind, da die USA nicht bereit sind der Forderung Irans, die Iranische Revolutionsgarde von der Terrorliste der US-Regierung zu streichen, nachzukommen.

Der jüngste Schritt der US-Regierung, wonach Moskau und Rosneft mit der in den USA als "Terrororganisation" bezeichneten iranischen Quds-Einheit in Verbindung gebracht wurden, sende zudem eine Botschaft an die Kremlführung, dass die USA dabei seien, Russland politisch und wirtschaftlich zu isolieren, kommentiert das WSJ. Die angeblichen "Schmuggeloperationen" seien ein Beispiel dafür, wie Russland und Iran zusammenarbeiten könnten, um sich gegenseitig bei der Umgehung von westlichen Sanktionen zu helfen. Die Sanktionen sind das Hauptwerkzeug des Westens in der Außenpolitik. Sie werden häufig insbesondere von den USA und der EU benutzt, um deren Agenda überall auf der Welt durchzusetzen. Die Politik des maximalen Drucks der US-Regierung gegen Iran hat sich längst nach Worten von US-Beamten zu einem maximalen Misserfolg entwickelt, da es den USA letztendlich nicht gelungen sei, die iranische Wirtschaft zum völligen Zusammenbruch zu bringen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f348fb480cc61c856f765.jpg>

13:45 de.rt.com: **Ukrainisches Militär nimmt Dörfer in Gebieten Kursk und Cherson unter Beschuss**

Der Gouverneur des an die Ukraine grenzenden russischen Gebiets Kursk, Roman Starowojt, hat in seinem Telegram-Kanal über einen erneuten Beschuss einer Ortschaft von ukrainischer Seite berichtet. So sei das Dorf Worobscha im [Bezirk Sudscha](#) beschossen worden. Laut Starowojt hätten russische Streitkräfte den Angriff zurückgeschlagen und es habe keine Verletzte gegeben. Allerdings seien mehrere Wohnhäuser und das Schulgebäude beschädigt worden.

Russlands Verteidigungsministerium hat ebenfalls den Beschuss eines Dorfes durch die Ukraine gemeldet. Demnach feuerten ukrainische Streitkräfte zwei un gelenkte Flugkörper, die über 600 Antipersonenminen vom Typ PFM-1S trugen, auf das Dorf Nowowoskresenskoje im mittlerweile unter russischer Kontrolle stehenden Gebiet Cherson ab. Nach dem Beschuss hätten russische Pioniere das Gebiet auf Blindgänger untersucht und die Minen geräumt. Unter den Dorfbewohnern habe es keine Verletzten gegeben, allerdings wurden RIA Nowosti zufolge einige Nutztiere getötet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f5cb748fbef571948f77e.jpg>

14:10 de.rt.com: **Wand am sowjetischen Kriegsdenkmal in Wien mit Symbolik des Asow-Bataillons beschmiert**

Unbekannte haben ein Symbol des ukrainischen Neonazi-Regiments Asow auf eine Wand am Heldendenkmal der Roten Armee am Wiener Schwarzenbergplatz aufgetragen. Dies teilte der russische Botschafter in Österreich Dmitri Ljubinski in den Accounts der diplomatischen Vertretung auf sozialen Netzwerken mit. Ljubinski schrieb:

"Wir haben die österreichischen Behörden wiederholt vor den Folgen ihrer stillschweigenden Nachsicht gegenüber ukrainischen Nationalisten und ihren Handlangern gewarnt. Eine weitere Aktion von Radikalen am Schwarzenbergplatz in Wien ist ein weiterer Beweis dafür." Zuvor war die Wand hinter der Gedenkstätte in den Farben der ukrainischen Flagge gestrichen worden. Obwohl sich diese in Privatbesitz befindet, würde Moskau auch weiterhin darauf beharren, dass sie in eine würdige Form zurückversetzt werde, so der Botschafter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f5ff0b480cc47747dedfd.jpg>

14:44 de.rt.com: **Washingtons skurrile Sicht auf die Nahrungsmittelkrise: Hat nichts mit Sanktionen zu tun**

Die US-Führung behauptet, Sanktionen gegen Russland hätten keine Auswirkung auf die Nahrungsmittelkrise, weil Lebensmittel und Dünger nicht sanktioniert seien. Moskau betont jedoch, dass die Einschränkungen den Zahlungsverkehr und somit die Lieferungen behindern. Obwohl die USA wegen der weltweit steigenden Lebensmittelpreise Alarm schlagen, haben sie nicht die Absicht, die Beschränkungen gegen den Handel mit Russland aufzuheben. Das verkündete der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price am Mittwoch bei einer Pressekonferenz.

Moskau behauptet, die Beschränkungen beeinträchtigten seine Möglichkeiten, Lebensmittel und Dünger zu exportieren und fordert eine Aufhebung der Sanktionen. Auf die Frage, ob Washington die Beschränkungen aufheben werde, antwortete Price:

"Wir werden unsere Sanktionen sicherlich nicht als Reaktion auf leere Versprechungen aufheben, und wir haben schon öfter leere Versprechungen von der Russischen Föderation gehört."

Die USA werfen Russland vor, mit der Fortsetzung seiner Militärationen in der Ukraine einen Anstieg der Lebensmittelpreise verursacht zu haben. Moskau wurde aufgefordert, die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine zu erleichtern. Die russische Seite erklärte jedoch, dass die Situation komplex und nicht so einseitig sei, wie die westlichen Länder behaupteten. Eine der jüngsten Stellungnahmen zu diesem Thema kam am Mittwoch vom stellvertretenden russischen Außenminister Andrei Rudenko. Er sagte, zur Linderung der Nahrungsmittelkrise müssten "die gegen russische Exporte und Finanztransaktionen verhängten Sanktionen aufgehoben" und "die Seeminen aus allen ukrainischen Häfen entfernt" werden.

Price wies diese und andere Äußerungen russischer Beamter als "Lügen" und "Desinformation" zurück. Außerdem behauptete der Pressesprecher des US-Außenministeriums:

"Die US-Sanktionen führen nicht zu Störungen der russischen Agrarexporte. Tatsache ist, dass die US-Sanktionen speziell darauf ausgerichtet sind, die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Düngemitteln aus Russland zu ermöglichen."

Berichten zufolge erwog Washington zu einem bestimmten Zeitpunkt die Verhängung von Sanktionen gegen russische Lebensmittel und Düngemittel, obwohl sich Abnehmer russischer Produkte wie Brasilien dagegen aussprachen. US-Landwirtschaftsminister Tom Vilsack sagte auf einer UN-Sitzung zur Ernährungssicherheit im März, dass "vielleicht Opfer nötig sind, um den ungerechtfertigten Krieg, den Russland begonnen hat, zu beenden". Letztendlich entschied sich Washington gegen einen solchen Schritt und nahm Lebensmittel und

Düngemittel in die Liste der Ausnahmen auf.

Price deutete an, dass russische Beamte, einschließlich Rudenko, fälschlicherweise das Gegenteil behaupten würden. In der Zwischenzeit erklärte Moskau, dass seine Lebensmittel- und Düngemittelausfuhren indirekt durch die Beschränkungen für Finanztransaktionen, die Versicherung von Schiffen, die Nutzung westlicher Hafenanlagen durch russische Schiffe und ähnliche Faktoren beeinträchtigt werden.

Ebenso sei es die Entscheidung der Ukraine gewesen, Minen entlang ihrer Küste zu verlegen, um ausländischen Schiffen das Auslaufen aus ihren Häfen zu verbieten, so die russische Seite. Moskau erklärte, sein Militär werde den zivilen Verkehr zu ukrainischen Häfen nicht unterbinden, sofern die Schiffe die von Russland ausgewiesenen und kontrollierten Routen befahren. Russland allein könne jedoch nicht für die Sicherheit der Schiffe sorgen. Westliche Beamte werfen Moskau vor, eine vollständige Seeblockade der Ukraine aufrechtzuerhalten.

Price und weitere westliche Beamte wie der britische Verteidigungsminister Ben Wallace interpretierten Rudenkos Äußerungen als Angebot zur freien Durchfahrt für Schiffe, die ukrainisches Getreide transportieren, im Gegenzug für die Aufhebung der Sanktionen.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f4da748fbef571948f769.jpg>

14:50 de.rt.com: **Russisches Gesundheitsministerium: 1,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Donbass seit Konfliktbeginn aufgenommen**

In seiner Rede während der 75. Sitzung der Weltgesundheitsversammlung erklärte Russlands stellvertretender Gesundheitsminister Sergei Glagolew, dass Russland seit dem Beginn des Militäreinsatzes in der Ukraine 1,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Donbass aufgenommen habe. Insgesamt seien seit dem Jahr 2014 über 3,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine nach Russland eingereist. Laut Glagolew erhalten sie die notwendige "medizinische und psychologische" Unterstützung, Kindern und Studenten werde die Möglichkeit zur Fortsetzung der Schulbildung beziehungsweise des Studiums geboten.

Glagolew betonte weiterhin, dass auch verwundete Angehörige ukrainischer Streitkräfte die notwendige medizinische Behandlung und Kontaktmöglichkeiten mit ihren Familien erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f776448fbef566d65b362.jpg>

16:06 (15:06) deu.belta.by: **Chrenin: Belarussische Streitkräfte sind Instrument der Verhinderung des Krieges**

Die belarussischen Streitkräfte sind in erster Linie ein Instrument zur Verhinderung des Krieges. Das sagte Verteidigungsminister Wiktor Chrenin im Anschluss an die Sitzung des Verteidigungsministeriums zum Thema militärische Sicherheit.

„Wir drohen niemandem. Wir wollen in unserem eigenen Land leben und uns selbst entwickeln. Wir wollen unabhängig und selbstständig sein. Unsere Streitkräfte sind kein Instrument der Kriegsführung. Sie ist in erster Linie ein Instrument zur Verhinderung eines Krieges“, betonte Wiktor Chrenin.

Der Verteidigungsminister sagte, Belarus verfolge, wie die NATO ihre Truppen ausbildet, ausrüstet und die Streitkräfte entwickelt. Schließlich kommen in den NATO-Mitgliedsstaaten die neuen Technologien und Rüstungsgüter zum Einsatz. „Anhand dieser Erkenntnisse schätzen wir mögliche Risiken ein, stellen Prognosen, sehen alle möglichen Herausforderungen und Bedrohungen voraus und erarbeiten angemessene Gegenmaßnahmen“, fügte er hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1653570458_60803_big.jpg

16:09 (15:09) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium von Belarus ist besorgt**

über NATO-Flugzeuge in der Nähe der Landesgrenzen

Die Aufklärungsflugzeuge der Allianz untersuchen das Territorium von Weißrussland, sagte der Verteidigungsminister der Republik, Wiktor Chrenin.

NATO-Flugzeuge in der Nähe der Grenzen beobachten das Territorium von Weißrussland, was Minsk beunruhigt. Dies erklärte der Leiter des Verteidigungsministeriums der Republik, wie BelTA berichtet.

"Wir können nicht anders als besorgt zu sein. Gott bewahre, dass dies in Zukunft ein Kriegsschauplatz wird." Das weißrussische Verteidigungsministerium verfolge die Aktionen der Allianz genau und entwickle "eine Reihe von Maßnahmen, um den Übergang zur heißen Phase der Spannungen zu verhindern, die sich an den Grenzen der Republik entwickelt haben", so der Minister. Zuvor hatte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko erklärt, dass die laufenden NATO-Übungen in der Nähe der Grenzen des Landes als Erkundung eines möglichen künftigen Kriegsschauplatzes betrachtet werden könnten.



https://novorosinform.org/content/images/52/52/45252_720x405.jpg

15:25 de.rt.com: Wegen Orbáns Weigerung gegen Ölembargo: Ukraine will Ungarn mit Druschba-Pipeline erpressen

Die Ukraine könnte den Betrieb der Erdölleitung Druschba beeinträchtigen, um Druck auf Länder auszuüben, die nicht bereit sind, auf russisches Öl zu verzichten. Dies geht aus einer Erklärung der Beraterin des ukrainischen Energieministers, Jelena Serkal, auf dem Kiewer Sicherheitsforum hervor.

Laut der Beamtin habe Ungarn die Situation in der Ukraine ausgenutzt und praktisch begonnen, die EU zu erpressen, doch Kiew "hat einen wunderbaren Hebel in der Hand – die Druschba-Ölpipeline". Sie erinnerte daran, dass es einen separaten Rohrstrang gibt, der nach Ungarn führt. Serkal fasst zusammen:

"Meiner Meinung nach wäre es sehr angebracht, wenn der Pipeline etwas zustoßen würde. Aber das liegt wiederum in den Händen der Regierung und des Präsidenten, die politischen Fragen zu lösen, ob wir mit Orban wirklich in der Sprache sprechen wollen, die er versteht und die er der Europäischen Union aufzwingt, oder ob wir dazu noch nicht bereit sind."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f78f648fbef57136f29ed.jpg>

Ein Gedenkstein für die Erdölleitung Druschba 2 ("Freundschaft") in der Duna-Raffinerie in Százhalombatta in Ungarn, 24. Mai 2022

15:50 de.rt.com: **Ukrainisches Parlament erwägt Sanktionen gegen Weißrussland**

Vier Abgeordnete der ukrainischen Werchowna Rada haben in einem [Gesetzentwurf](#) Sanktionen gegen Weißrussland gefordert. Angeblich unterstütze Weißrussland "aktiv die kriegerische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine". Wie aus der Ausarbeitung hervorgeht, soll das Land zu einem "Co-Agressor" erklärt und mit wirtschaftlichen und sonstigen Sanktionen belegt werden.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, gesetzliche Rahmenbedingungen für die Enteignung des weißrussischen Staatseigentums zu schaffen. Des Weiteren soll die Liste von Gründen, nach denen Inhabern einer doppelten ukrainischen und weißrussischen Staatsbürgerschaft die ukrainische Bürgerschaft entzogen werden kann, erweitert werden.

15:52 de.rt.com: **NATO-Norderweiterung: Schweden und Finnland führen Gespräche in Ankara**

Die Türkei verhindert derzeit den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands. Diplomatische Delegationen aus Schweden und Finnland reisten am Mittwoch nach Ankara, um die türkischen Bedenken gegen die NATO-Norderweiterung auszuräumen.

Delegationen von Schweden und Finnland trafen am Mittwoch in der Türkei ein, um den Streit über die geplante NATO-Norderweiterung mit den Vertretern der türkischen Regierung zu besprechen. Die Delegationen der Kandidatenländer kamen in Ankara mit dem Sprecher von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, Ibrahim Kalin, und dem stellvertretenden Außenminister Sedat Önal zusammen.

Die Türkei stellte sich bei der Aufnahme der beiden Staaten bislang quer. Seine Blockadehaltung begründete die türkische Regierung damit, dass die skandinavischen Länder "wie ein Gästehaus für Terrororganisationen" seien. Dem widersprach Schwedens Regierungschefin Magdalena Andersson: "Natürlich geht es darum, wohin wir unsere finanzielle Hilfe schicken, und dass wir Waffen verkaufen", sagte die Premierministerin am Mittwoch. "Wir senden kein Geld an Terrororganisationen, offensichtlich – oder Waffen", fügte sie hinzu. Ankara beschuldigte Stockholm, die Kurden mit Panzerabwehrwaffen zu bewaffnen, die im anhaltenden Grenzkonflikt der Kurden mit der Türkei eingesetzt werden. Nach Gesprächen in Ankara am Mittwoch sagte der türkische Regierungssprecher gegenüber Journalisten, dass seine Regierung nicht für die Aufnahme von Finnland und Schweden in das

NATO-Bündnis stimmen werde, bis die "konkreten Sicherheitsbedenken" der Türkei in Bezug auf Terrorismus und Sanktionen ausgeräumt seien. Die NATO sei eine Sicherheitsorganisation, erklärte Kalin und fügte hinzu, das Bündnis solle dafür sorgen, dass "die Sicherheitsbelange der Mitgliedstaaten gleichermaßen und fair berücksichtigt werden". Schwedische und finnische Beamte werden nun in ihre Hauptstädte zurückkehren, um die Forderungen der Türkei zu erörtern, die Kalin als "konkrete Sicherheitsbedenken" bezeichnete. Spekuliert wird, dass die Türkei den Beitritt der beiden Staaten an Bedingungen wie etwa ein strikteres Vorgehen Schwedens und Finnlands gegen die kurdischen Aktivisten koppeln würde. Auch die Aufhebung der Beschränkung von Waffenlieferungen, die einige NATO-Mitglieder gegen Ankara wegen der türkischen Invasion in Nordsyrien verhängten, stehen womöglich auf der türkischen Forderungsliste. Sollte Ankara bei dem Veto bleiben, könnten die beiden Nordländer dem Verteidigungsbündnis nicht beitreten. Der NATO-Vertrag besagt, dass der Beitritt neuer Länder von allen Mitgliedern einstimmig beschlossen werden muss.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f565648fbef588932cfc1.jpg>

17:35 (16:35) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org/): **„Diebstahl fremden Vermögens hat noch niemandem gut getan“: Putin über das Einfrieren des Eigentums der Russischen Föderation im Westen**

Wladimir Putin nannte das Einfrieren russischer Vermögenswerte durch westliche Länder Diebstahl und warnte die Führungen unfreundlicher Staaten vor den Folgen dieser Entscheidung, berichtet RT.

Der russische Präsident Wladimir Putin sagte, dass der Diebstahl russischer Vermögenswerte durch westliche Länder diese Staaten nur zu noch größeren internen Problemen führen werde. „Einfach ausgedrückt, wird dies nur zu Problemen für diejenigen führen, die es tun. Der Diebstahl fremden Vermögens hat noch niemandem etwas Gutes gebracht – insbesondere nicht denen, die in diesem unziemlichen Geschäft tätig sind“, zitiert RT die Worte des Vorsitzenden Die Russische Föderation.

Darüber hinaus stellte Wladimir Putin fest, dass das Ignorieren der Interessen anderer Länder im politischen Bereich und im Bereich der Sicherheit zu weltwirtschaftlichen Schocks führe.



https://novorosinform.org/content/images/52/60/45260_720x405.jpg

17:11 de.rt.com: **Putin prophezeit Scheitern des Westens**

Es sei unmöglich, Russland aus der globalen Wirtschaftsarena zu verdrängen, sagte Wladimir Putin auf dem Eurasischen Wirtschaftsforum am Donnerstag. Zugleich betonte er, dass immer mehr Länder eine unabhängige Politik verfolgen, ohne Sanktionen zu fürchten.

Der russische Präsident hat am Donnerstag per Online-Schaltel an der Plenarsitzung des ersten Eurasischen Wirtschaftsforums in Bischkek, Kirgisistan, teilgenommen. In seiner Rede betonte er, dass westliche Staaten, die versuchen, andere Länder mit Wirtschaftssanktionen zu bestrafen, ihre Stärke überschätzen:

"Angesichts der Probleme in ihren eigenen Ländern hoffe ich, dass sie zu der Erkenntnis gelangen, dass diese Politik aussichtslos ist."

Sanktionen und Verbote, so Putin, würden jene Länder, die ihre eigene Politik verfolgen wollen, weder abschrecken noch schwächen:

"Immer mehr Länder der Welt wollen und werden eine unabhängige Politik verfolgen. Und kein 'globaler Gendarm' wird in der Lage sein, diesen natürlichen globalen Prozess aufzuhalten."

Durch die Sanktionen werde Russland in gewisser Weise stärker, so Putin. Der Importersatz sei zwar kein Allheilmittel, doch es sei notwendig, die eigene Industrie und eigene Technologien zu entwickeln. Russland beginne, neue Kompetenzen zu erwerben und konzentriere sich dabei auf bahnbrechende Technologien. Den Weggang einiger westlicher Unternehmen aus Russland kommentierte er folgendermaßen: "Ihre Nische wird gefüllt werden."

Zudem habe Russland nicht die Absicht, seine Wirtschaft gegenüber dem Rest der Welt abzuschotten. Es sei auch nicht möglich, das Land aus der globalen Wirtschaftsarena zu verdrängen. "Das ist in der heutigen Welt einfach unrealistisch, unmöglich. Wenn wir uns nicht selber mit einer Mauer abtrennen, wird niemand in der Lage sein, ein Land wie Russland abzutrennen", sagte Putin.

Seit Ende Februar haben westliche Länder, insbesondere die USA, das Vereinigte Königreich und die Europäische Union, die Sanktionen gegen Russland mehrmals verschärft. Aufgrund der restriktiven Maßnahmen wurde fast die Hälfte der russischen Devisenreserven eingefroren. Darüber hinaus wird das Eigentum der unter Sanktionen stehenden Oligarchen im Ausland beschlagnahmt. Diese Maßnahmen wurden als Möglichkeit betrachtet, Russland Kosten aufzuerlegen und seine Wirtschaft zu destabilisieren, um Moskau zum Rückzug zu zwingen. Viele Länder weigerten sich jedoch, sich den Sanktionen anzuschließen, darunter auch das NATO-Mitglied Türkei.

Die globalen Märkte, die aufgrund der Corona-Pandemie und der Unterbrechung der

Lieferketten bereits unter Druck standen, wurden durch die globalen Maßnahmen noch weiter destabilisiert. In vielen Ländern ist die Inflation so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr, da die Energie- und Lebensmittelpreise aufgrund der Unsicherheit in die Höhe geschossen sind.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f907b48fbef588932d010.jpg>

18:17 (17:17) novorosinform.org: **Weniger als 6.000 ukrainische Militante verbleiben bei Lisitschansk - Berater des Innenministers der LVR**

Die Stärke der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Lisitschansk und Sewerodonezk beträgt bis zu 6000 bzw. bis zu 3000 Personen, sagte Witali Kisseljow, Berater des Innenministers der LVR.

Die Zahl der Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Lisitschansk und Sewerodonezk wurde auf sechs- bzw. dreitausend Menschen reduziert. Dies teilt TASS unter Berufung auf die Erklärung von Witali Kisseljow aus dem Innenministerium der LVR mit. "Vermutlich gibt es Sewerodonezk zwischen zwei- und dreitausend Kämpfer, in Lisitschansk zwischen vier- und sechstausend", sagte Kisseljow.

Der Vertreter der Volksrepublik Lugansk erklärte auch, dass sich die angegebene Anzahl ukrainischer Kämpfer außerhalb der Städte, hauptsächlich in Feriensiedlungen, aufhalte. Es sei darauf hingewiesen, dass Kisseljow über 15-16.000 Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine berichtete, die sich am Stadtrand von Sewerodonezk und Lisitschansk befänden.



https://novorosinform.org/content/images/52/64/45264_720x405.jpg

17:40 de.rt.com: **Chinas Pläne für die Pazifikregion angeblich geleakt**

Peking plant, mehreren Pazifikstaaten bedeutende Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen anzubieten. Dies geht aus einem Dokumententwurf hervor, der angeblich der westlichen

Presse zugespielt wurde.

Ein als "umfassende Entwicklungsvision" bezeichnetes Dokument, das AFP und dem Guardian vorliegt, soll Chinas Hilfsangebote an zehn kleine Inselstaaten beinhalten. Neben Millionen von US-Dollar an Hilfgeldern wolle Peking den Ländern einen besseren Zugang zu Chinas riesigem Markt verschaffen und die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich verbessern. Unter anderem biete Peking die Ausbildung lokaler Polizeikräfte an. Die Veröffentlichung des Dokuments fiel zeitlich mit der Reise des chinesischen Außenministers Wang Yi in mehrere pazifische Inselstaaten in dieser Woche zusammen, bei der er laut AFP die in dem Entwurf enthaltenen Angebote erörtern soll. Laut der Nachrichtenagentur könnte die Zustimmung zu einigen der Vorschläge auf einem Treffen der regionalen Außenminister in Fidschi Ende dieses Monats beschlossen werden. Wangs Reise folgt auf die Unterzeichnung eines bilateralen Sicherheitspakts zwischen China und den Salomonen im April, der von der australischen Regierung und einigen ihrer westlichen Verbündeten heftig kritisiert wurde.

Die neu gewählte Labor-Regierung in Canberra hat versprochen, ihre eigene Präsenz im Pazifikraum zu verstärken, nachdem sie China zu einem wichtigen Wahlkampfthema gemacht hatte. Außenministerin Penny Wong reiste am Donnerstag nach Fidschi, um sich mit dem Premierminister des Landes zu treffen.

Wong hatte der letzten australischen Regierung Schwäche gegenüber Peking vorgeworfen. Die neue Außenministerin beschuldigte die Morrison-Regierung, das chinesische Abkommen mit den Salomonen ermöglicht und damit "die Aussicht auf einen chinesischen Stützpunkt weniger als 2.000 Kilometer von Australiens Küste entfernt" geschaffen zu haben. Chinesische Beamte haben jedoch wiederholt jegliche Pläne für einen Militärstützpunkt auf den Inseln dementiert.

Nach den Berichten über den durchgesickerten Entwurf betonte der australische Premierminister Anthony Albanese, sein Land müsse reagieren und versprach, die Ausgaben für Sicherheit und Infrastruktur im Pazifik um 350 Millionen US-Dollar zu erhöhen. Er betonte:

"Dies ist ein Versuch Chinas, seinen Einfluss in der Region der Welt zu vergrößern, in der Australien seit dem Zweiten Weltkrieg der Sicherheitspartner erster Wahl ist."

Washington, das ebenfalls negativ auf Chinas Abkommen mit den Salomonen reagierte, warnte die Pazifikstaaten in ähnlicher Weise vor der Unterzeichnung von "zweilichtigen" Abkommen mit Peking. Der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price behauptete, dass diese "möglicherweise in einem überstürzten, intransparenten Prozess ausgehandelt werden".

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 26. Mai 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol ein Faseroptikkabel repariert.

In 26 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 2837 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 8 Hektar Territorium kontrolliert und 2452 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 4665 humanitäre Pakete ausgegeben. Nach Startschenkowo wurden 40 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Kirowskoje 24.

In Sartana wurde ein Tankstelle mit verschiedenen Arten von Treibstoff in Betrieb genommen.

In Pawlopol, Tschernenko, Pischtschewik, Sartana, Talakowka und Gnutowo wurde die Stromversorgung wieder in Betrieb genommen.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der

Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:45 de.rt.com: **Lukaschenko verordnet Einrichtung eines operativen Führungskommandos an Südgrenze**

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hat die Einrichtung eines operativen Führungskommandos an der südlichen Grenze Weißrusslands angeordnet. Ein entsprechendes Video wurde auf einem dem Pressedienst des Präsidenten nahestehenden Telegram-Kanal [veröffentlicht](#). Lukaschenko erklärte:

"Wie wir sehen, wird man auf uns militärischen Druck durch Polen, Litauen und Lettland über die dort stationierten NATO-Truppen sowie durch die Aufrechterhaltung der Eskalation in der Ukraine ausüben."

Die Orientierung in Richtung der Ukraine sei neu und müsse umgehend mitberücksichtigt werden.

"Neben dem westlichen und dem nordwestlichen wird es auch einen südlichen Flügel geben. Sogar ohne dass er bereits existiert, sind wir gezwungen, schnell die Verteidigung unserer Südgrenzen vorzubereiten."

Lukaschenko ordnete eine Truppenrotation zwischen den Gebieten an. "Das sind Kriegsbedingungen, aber ohne Krieg", erklärte er.

abends:

18:00 de.rt.com: **Finanzminister: Einstellung des Schuldendienstes für Russland hat keine Auswirkungen auf Gläubiger**

Der Leiter des russischen Finanzministeriums, Anton Siluanow, hat versichert, dass sich für die Russen nichts ändere, wenn die USA einen technischen Zahlungsausfall gegenüber Russland erklären würden.

"Wir werden versuchen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Und wir werden eine entsprechende Form finden."

Ihm zufolge werde Russland ein Instrument anbieten, mit dem alle Inhaber russischer Schulden ihre Zinsen erhalten würden. Die russische Seite verfüge über genügend Mittel und Devisen für alle Zahlungen, hieß es.

Selbst wenn es möglich sei, einen Weg zu finden, Russland für technisch zahlungsunfähig zu erklären, werde sich dies nicht auf die Wirtschaft des Landes auswirken, betont der Minister:

"Im Allgemeinen handelt es sich bei einem technischen Zahlungsausfall um einen Zahlungsausfall, den die westliche Infrastruktur ihren eigenen Anlegern gegenüber erklärt." Zuvor hatte das US-Finanzministerium mitgeteilt, dass die Genehmigung für Investoren,

Zahlungen von Staatsschulden der Russischen Föderation zu erhalten, nicht verlängert werde. Das russische Finanzministerium kündigte jedoch bereits an, dass dies die Begleichung der Schuldverpflichtungen des Landes nicht beeinträchtigen werde. Die Zahlungen sollen nun in Rubel erfolgen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f9d94b480cc489179703d.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 26.05.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. 13 Wohnhäuser und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 57 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition für 122mm-Artilleriehaubitzen D-30, 3 mobile 120mm-Mörser, einen Panzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Schützenpanzer, eine 122mm-Artilleriehaubitze D-30, ein Abwehrgeschütz SU-23-2 und ein Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 28 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 10. März 2022 geriet in Iltschewsk ein Maschinengewehrschütze der 6.

Panzergrandierkompanie des 2. Panzergrenadierbataillons der 5. Panzergrenadierbrigade, Feldwebel Alexandr Dmitrijewitsch Gurin, als er zu einem verletzten Soldaten ging, um ihm erste Hilfe zu leisten und ihn aus dem Kampfgebiet zu evakuieren, unter Kreuzfeuer des Gegners. Trotz der ungünstigen Lage und dem ihm aufgezwungenen Kampf mit Schusswaffen mit überlegenen Kräften des Gegners handelte er mutig, entschlossen und fest, konnte den Gegner wegdrängen, eine günstigere Feuerposition einnehmen und 2 Feuerpunkte der Nationalisten vernichten. Trotz einer Verletzung und Gefahr für sein Leben überwand Feldwebel Alexandr Dmitrijewitsch Gurin den Schmerz und konnte zu dem verletzten Soldaten der benachbarten Einheit vordringen, ihm Erste Hilfe leisten, ihn zu den Positionen seiner Einheit bringen und so sein Leben retten.

19:15 (18:15) novorosinform.org: **Ausländische Geheimdienste sponserten pro-ukrainische Kundgebungen in Cherson – Quelle**

Einwohnern von Cherson wurde eine „Belohnung“ für die Teilnahme an antirussischen Kundgebungen und Interviews angeboten, die darauf abzielten, die RF-Streitkräfte zu diskreditieren, berichtet der Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“.

Dem ehemaligen Polizeichef von Cherson, Walentin Gladkij, wurden 5.000 Dollar angeboten, um an einem Interview teilzunehmen, in dem russische Truppen diskreditiert werden. Die Initiatoren der Aktion stellten sich als BBC-Journalisten vor, berichtet der Telegram-Kanal basierend auf den Worten Gladkijs.

„Sie erklärten, dass ich ein Interview geben und eine Nachricht senden müsse, dass alle Menschen in Cherson ausnahmslos eine negative Einstellung gegenüber den russischen Truppen hätten. Sie boten eine Zusammenarbeit auf monetärer Basis an, wir einigten uns auf fünftausend Dollar. Danach gab ich ein Interview“, zitierte die Quelle den ehemaligen Mitarbeiter. Des ukrainischen Innenministeriums.

Gladkij äußerte zudem die Meinung, hinter diesen Vorschlägen stünden westliche Geheimdienste.



https://novorosinform.org/content/images/52/70/45270_720x405.jpg

18:26 de.rt.com: **Aus für Bologna-Reform: Russland beendet Teilnahme an europäischem Hochschulsystem**

Der russische Minister für Bildung und Wissenschaft hat den Ausstieg Russlands aus dem Bologna-System angekündigt. Nach dem Beitritt Russlands zu dem einheitlichen europäischen Hochschulsystem im Jahr 2003 haben sich die Erwartungen an die Bildungsreform nicht erfüllt.

Am 24. Mai kündigte der russische Minister für Wissenschaft und Bildung, Waleri Falkow, den Ausstieg des Landes aus dem zweistufigen Bologna-Hochschulsystem an, dem Russland im Jahr 2003 beigetreten war. Zudem informierte der Minister über die Weiterentwicklung des Bildungssystems in Russland. "Der Bologna-Prozess gehört der Vergangenheit an", äußerte Falkow gegenüber der Zeitung Kommersant. "Die Zukunft liegt in unserem eigenen, einzigartigen Bildungssystem, das sich an den Interessen der Volkswirtschaft und den bestmöglichen Chancen für alle Studenten ausrichten muss."

Bereits am folgenden Tag, dem 25. Mai, begann die russische Duma mit der Vorbereitung des vollständigen Rückzugs aus dem Bologna-System. Nach den Worten von Wjatscheslaw Wolodin, dem Sprecher des russischen Parlaments, befürworteten alle Fraktionen den Ausstieg aus dem Abkommen.

Ursprünglich sollte der Bologna-Prozess die Integration des russischen Hochschulsystems in ein gesamteuropäisches System erleichtern. Bislang mussten Hochschulabsolventen damit leben, dass in Russland erworbene Abschlüsse im Ausland nicht anerkannt wurden. Sie waren

daher gezwungen, ein kompliziertes Anerkennungsverfahren zu durchlaufen, zusätzliche Prüfungen abzulegen oder eine zweite Ausbildung im Ausland zu absolvieren.

Außerdem sollte der Austausch zwischen den Hochschulen erheblich vereinfacht werden, indem die Studenten mehrere Semester im Ausland verbringen und sich die an einer ausländischen Hochschule absolvierten Kurse im Inland anrechnen lassen können.

Die zwanzig Jahre seit dem Beginn der Bologna-Reform in Russland enden nun jedoch mit der bitteren Erkenntnis: Trotz der Teilnahme am gesamteuropäischen System wurden die Abschlüsse russischer Universitäten nicht mit denen europäischer Hochschulen gleichgesetzt. Der Professor für Kommunikationstechnologie an der Staatlichen Linguistischen Universität Moskau, Alexander Tschumikow, erklärte dazu in einem Interview mit Lenta.ru:

"Das Bologna-System, an dem wir seit 2003 teilnehmen beziehungsweise 'teilnehmen', sieht nicht nur die Angleichung der russischen und westlichen Bildungssysteme vor, sondern auch die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen. Dies ist jedoch nicht geschehen. Unsere Diplome werden in Europa und den USA nicht anerkannt."

"Wir sind dem Bologna-Prozess wegen der hohen Ziele beigetreten, aber praktisch ist unklar, wozu", so der Wissenschaftler. "Die wichtigste Leistung wäre die tatsächliche Integration in das europäische System gewesen, aber da die Abschlüsse nicht anerkannt werden, ist das Ziel nicht erreicht worden und die Probleme existieren weiter."

Stattdessen, so die Experten, habe sich die Qualität der Hochschulbildung erheblich verschlechtert. Dies [kritisierte](#) kürzlich auch der Rektor der Moskauer Staatsuniversität, Wiktor Sadownitschi. "Leider haben wir in den 1990er Jahren begonnen, viele Dinge zu kopieren, die nicht typisch für uns sind, das Bologna-System und viele andere Systeme, wodurch die Qualität der Bildung erheblich gesunken ist", betonte er und forderte die Rückkehr zu einer "fundamentalen" Hochschulbildung.

Der Bologna-Prozess wurde in Russland von Anfang an wegen seiner starken Spezialisierung, einer gewissen Oberflächlichkeit sowie des Mangels an praxisbezogener Ausbildung kritisiert. Studenten bekommen beispielsweise die Möglichkeit, ihren Bildungsweg selbst zu bestimmen, anstatt ein bestimmtes Fachgebiet umfassend zu studieren.

Als problematisch hat sich auch der Ausschluss vieler Fächer, die in der Zeit der Sowjetunion verbreitet waren, erwiesen. Dies wirke sich nun zum Beispiel negativ auf die Ingenieurberufe aus. "Wir haben das System von Bologna und das, was dort positiv war und ist, gut gemeistert", resümiert etwa der Rektor der Staatlichen Polytechnischen Universität St. Petersburg, Andrei Rudskoi, in einem [Interview](#) mit Lenta.ru. "Und wir müssen dies im Bildungsprozess durchsetzen. Ich befürworte aber einen spezifischen Abschluss für Ingenieure. Ich kann nachvollziehen, wenn jemand einen Bachelor oder Master in Physik, Mathematik, Philosophie hat. Aber ich kann nicht verstehen, was ein Bachelor in Maschinenbau oder Hüttenwesen ist."

Der Ausstieg Russlands aus dem Bologna-Prozess wird sich nach Ansicht von Experten jedoch kaum auf den Austausch zwischen den Hochschulen auswirken. Professor Alexei Maslow von der Moskauer Staatsuniversität (MSU) betonte gegenüber Lenta.ru:

"Wir müssen zugeben, dass der Bologna-Prozess in Bezug auf die aktuelle Situation im Prinzip völlig veraltet ist. Nicht auf russischer, sondern auf globaler Ebene."

Laut Maslow habe ein Ausstieg Russlands aus dem Bologna-Prozess daher kaum Auswirkungen auf den Austausch zwischen den Hochschulen.

"Es hat sich herausgestellt, dass es für die Universitäten bequemer ist, den Austausch von Studenten direkt miteinander auszuhandeln, als irgendwelche staatlichen Verfahren zu durchlaufen", erklärte er. "Das System wird auch von den Europäern selbst kritisiert. Wenn wir die MSU nehmen, sehen wir, dass die große Mehrheit der Studenten, die an der Universität ein Praktikum absolvieren, dies nicht im Rahmen des Bologna-Prozesses macht, sondern weil wir direkt mit den Universitäten verhandelt haben – sei es eine britische oder eine chinesische Universität."

Wie genau die Abwicklung des Bologna-Prozesses aussehen wird, was vom gesamteuropäischen System beibehalten und was aus dem alten sowjetischen Hochschulsystem in das neue System integriert werden soll, ist noch nicht klar. Anzor Musajew, der Leiter der Föderalen Aufsichtsstelle im Bereich Bildung und Wissenschaft, erklärte bereits gegenüber TASS, dass die Abschaffung des Bologna-Systems seiner Meinung nach schrittweise erfolgen solle. Die Studenten sollten mindestens zwei Jahre Zeit bekommen, sich umzustellen – damit die Wissensqualität nicht leide.

Derzeit nehmen 49 Länder am Bologna-Prozess teil – darunter auch Deutschland, wo die in Bologna beschlossene Bildungsreform ebenfalls immer wieder bemängelt wird.

Kurioserweise stimmt die Kritik der russischen Experten am Bologna-System mit dem überein, was die Gegner der Bildungsreform vor einigen Jahren auch in der deutschen akademischen Welt geäußert haben. So stellte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Horst Hippler, bereits im Jahr 2012 in einem [Interview](#) mit der Süddeutschen Zeitung fest, dass die wichtigsten Ziele des Bologna-Prozesses nie erreicht worden seien. Seiner Meinung nach habe der Prozess den Studenten das Studium im Ausland keineswegs erleichtert, und der sechssemestrige Bachelor-Abschluss sei für viele Studiengänge unzureichend gewesen, um eine hochwertige Ausbildung zu erhalten.

"Ein angekündigter Unfall mit Fahrerflucht", so bezeichnete der Präsident der Universität Hamburg, Dieter Lenzen, die Bologna-Hochschulreform im Jahr 2016 in einem [Gespräch](#) mit der „Welt“. Er hielt den Bologna-Prozess damals für "ein Zugeständnis an die Briten" und wies darauf hin, dass auch viele Wissenschaftler "aus anderen europäischen Ländern dagegen waren".

Allerdings ist in Deutschland an einen Ausstieg aus dem Bologna-Prozess nicht zu denken: Trotz massenhafter bundesweiter Studentenproteste im Jahr 2009, die sich unter anderem gegen das Bologna-System richteten, kam es bislang zu keinem Wandel des Status quo im deutschen Hochschulbereich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f69ecb480cc465e563e4a.jpg>

18:30 de.rt.com: **Deutsche Bahn will Ukraine stärker beim Getreideexport unterstützen**

Die Deutsche Bahn (DB) will die Ukraine angesichts des durch den Krieg stagnierenden Getreideexports künftig stärker beim Transport des Grundnahrungsmittels unterstützen. "Wir tun alles, was wir als Unternehmen aus sozialer Verantwortung heraus tun können", schilderte die Chefin der Gütertochterfirma DB Cargo, Sigrid Nikutta, der Deutschen Welle (DW). "Angesichts der drohenden Hungersnot in Teilen der Welt und des enormen Bedarfs, Millionen von Tonnen ukrainisches Getreide in die Welt zu exportieren, werden wir in Abstimmung mit dem Bund weitere Aufträge und Zugfahrten organisieren", so Nikutta. Wegen der teils noch blockierten Schwarzmeerhäfen ist die Ukraine dringend auf alternative Transportwege für die Ausfuhr ihres Getreides angewiesen. Derzeit stecken in der Ukraine nach Angaben der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) knapp 25 Millionen Tonnen Getreide fest. Aktuell transportiere die DB Cargo das Getreide überwiegend

über Polen: "Nun geht es darum, diese Agrarexporte auszuweiten. Ziel sind tragfähige Verbindungen bis an die Seehäfen der Nordsee und des Schwarz- und Mittelmeeres", erklärte Nikutta.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hatte bereits vor zehn Tagen mitgeteilt, dass die DB Cargo mit einer "Schienenbrücke" zur Unterstützung der Getreideausfuhren aus der Ukraine begonnen habe. Die Gütertochter DB Cargo sei dabei, künftig große Mengen an Agrarprodukten zu Häfen an der Nordsee und der Adria zu transportieren, so der Minister in Berlin.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628f9e88b480cc475b5f0f55.jpg>

19:36 (18:36) novorosinform.org: **In Moldawien wurde Igor Dodon unter Hausarrest gestellt**

Das Gericht in Chisinau entschied, Igor Dodon für einen Monat unter Hausarrest zu stellen, berichtet RIA Novosti.

Das moldauische Gericht hat den ehemaligen Präsidenten Igor Dodon zu 30 Tagen Hausarrest verurteilt. Die Staatsanwaltschaft von Chisinau hält diese Entscheidung des Richters für „unbefriedigend“ und plant, dagegen Berufung einzulegen, [berichtet](#) RIA Novosti.

Bekannt ist auch, dass Igor Dodon selbst das gegen ihn eingeleitete Verfahren wegen Landesverrats als politischen Auftrag der derzeitigen Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, betrachtet. Er stellte fest, dass 53 Staatsanwälte, die von Sandu und der US-Botschaft geleitet werden, seinen Fall untersuchen.

„Es ist schlimm von denen zu hören, dass ich mein Heimatland verraten hätte, die hier die NATO anrufen“, werden die Worte Dodons nach der Gerichtssitzung zitiert.



https://novorosinform.org/content/images/52/71/45271_720x405.jpg

19:00 de.rt.com: **Habeck: Öl-Embargo auch trotz ungarischem Veto möglich**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) ist eigenen Angaben zufolge weiterhin optimistisch, dass sich die einzelnen EU-Staaten trotz des Widerstands Ungarns auf ein Öl-Embargo gegen Russland einigen werden. Zugleich machte der Grünen-Politiker in Berlin allerdings deutlich, dass er den für die Verhandlungen verbleibenden Zeitraum für begrenzt hält. "Ich nehme an, das ist der Korridor, wo entweder eine Einigung zu erzielen ist oder man sich andere Instrumente überlegen muss", erklärte Habeck anlässlich des Treffens der Minister für Klima, Energie und Umwelt der sieben großen Industriestaaten (G7).

Dennoch äußerte Habeck Verständnis für Vorbehalte gegen das geplante Öl-Embargo. "Die Staaten haben unterschiedliche Versorgungssituationen, das ist hinzunehmen." Auch er habe immer wieder darauf hingewiesen, dass vor solch einschneidenden Entscheidungen Vorbereitungen zu treffen seien. Es sei "aber natürlich auch wichtig, dass Europa geschlossen bleibt und zusammen bleibt", so der Wirtschaftsminister weiter. Daher müssten alle Staaten Anstrengungen unternehmen, um ihre Öl-Abhängigkeit zu reduzieren. "Das gilt auch für Ungarn."

Das von der EU geplante Öl-Embargo gegen Russland wird derzeit noch durch das Vetorecht Ungarns verhindert. Selbst Ausnahmeregelungen konnten die ungarische Regierung bislang nicht dazu bewegen, ihre ablehnende Haltung aufzugeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628fa4ff48fbef53d7564d0a.jpg>

19:30 de.rt.com: **Putin: Russland trägt zur Überwindung der Lebensmittelkrise bei, sofern Sanktionen aufgehoben werden**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat im Gespräch mit dem italienischen Premierminister Mario Draghi angekündigt, dass Russland bereit sei, zur Überwindung der Nahrungsmittelkrise beizutragen, wenn im Gegenzug die Sanktionen aufgehoben werden. Zudem teilte Putin dem italienischen Premierminister in dem Telefongespräch mit, dass sich Russland darum bemühe, in den befreiten Städten des Donbass ein friedliches Leben wiederherzustellen.

Auch das Thema der Gaslieferungen wurde besprochen. Der russische Staatschef betonte, dass Russland die Gaslieferungen an Italien auch weiterhin ohne Unterbrechungen gewährleisten werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628fa74cb480cc42414319ab.jpg>

19:31 de.rt.com: **Israel lehnt US-Vorschlag zur Lieferung von Panzerabwehrraketen an Ukraine ab**

Israel wird Deutschland nicht gestatten, Panzerabwehrraketen vom Typ "Spike" an die Ukraine zu verkaufen, so ein Bericht des US-Magazins Axios. Die Rakete wird in Deutschland unter israelischer Lizenz hergestellt.

Israel soll ein Ersuchen der USA abgelehnt haben, Berlin die Lieferung von in Deutschland mit israelischer Technologie hergestellten Panzerabwehrraketen an die Ukraine zu gestatten. Dies berichtet das US-Portal Axios unter Berufung auf israelische und US-Beamte.

Nach Angaben des Portals soll der Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, Amir Eshel, vor zwei Wochen zu Gesprächen über die Sicherheitskooperation nach Washington gereist sein. Der US-Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik, Colin Kahl, habe demnach bei seinem Kollegen angefragt, ob Deutschland der Ukraine Panzerabwehrraketen vom Typ "Spike" überlassen könne, die in einer israelischen Fabrik im Land hergestellt werden. Gemäß der Lizenz muss Israel jede Weitergabe dieser Waffen an einen Dritten genehmigen.

Eshel soll den Vorschlag verneint und zugleich betont haben, dass Israel an Kiew nur nicht-tödliches militärisches Gerät liefern werde. Der Quelle zufolge befürchte Israel, dass russische Soldaten durch den Einsatz der Waffen umkommen. Dies könnte, so Axios weiter, wiederum dazu führen, dass Moskau die Interessen Israels in Syrien "schädigt".

Dem US-Portal zufolge habe der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz in Washington in der vergangenen Woche beim Treffen mit seinem Amtskollegen Lloyd Austin sowie dem nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Jake Sullivan, das Thema der Raketenlieferungen nicht angesprochen. Am Tag des Besuchs von Gantz in den USA lieferte Israel jedoch zweitausend Helme und 500 kugelsichere Westen an ukrainische Zivil- und

Notfallorganisationen.

Das Pentagon hat sich zu dem Bericht bislang nicht offiziell geäußert. Israel soll nach dem Beginn der russischen Sonderoperation auf Druck des US-Präsidenten Joe Biden allmählich eine "pro-ukrainische" Haltung eingenommen haben.

Zuvor hatte der Vorsitzende der US-Generalstabschefs, Mark Milley, erklärt, dass die USA zusammen mit ihren Partnern 60.000 Panzerabwehr- und 25.000 Flugabwehrsysteme an das ukrainische Militär übergeben hätten.

Die von dem israelischen Unternehmen Rafael Advanced Defense Systems entwickelte "Spike" war erstmals in den 1980er Jahren in Dienst gestellt worden. Die Rakete kann entweder mit einem Panzerabwehrsprengkopf oder einem hochexplosiven Sprengkopf bestückt werden. Die USA und einige ihrer NATO-Verbündeten montierten diese auf Kampfhubschraubern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f98f848fbef57136f29fc.jpg>